



## **DIE GROTESKE KULISSE DER GEGENWÄRTIGEN WOHNUNGSNOT**

# **Michel muss 150 Jahre fürs Eigenheim sparen, Ali kriegt's umsonst!**

von DR. VIKTOR HEESE | Von der Wiege bis zur Barre wird uns das Leistungsprinzip eingehämmert. Das hält Familienvater Michel heute für eine dreiste Farce, wenn er bei der Wohnungssuche verzweifelt und gleichzeitig hört, wie der kinderreiche Ali in ein neues städtisches Heim einzieht. Dort darf der Neubürger nach heutigem Stand der Dinge kostenlos bis ans Ende seiner Tage wohnen. De facto kann er die neue Bleibe wie ein Eigenheim betrachten. Würde unser Familienvater Michel mit zwei Kindern vom staatlichen Baukindergeld ([1.200 € pro Kind/Jahr](#)) ein solches trautes Heim bauen wollen, bräuchte er in Köln 150 bis 200 Jahre. Auch wenn er Kredit in Aussicht gestellt bekäme, benötigt er für das Eigenkapital (20 Prozent plus Nebenkosten) immer noch eine Ansparzeit bis 50 Jahre. Solange lebt der arme Teufel jedoch nicht! Den kinderreichen Ali dagegen plagen solche Sorgen nicht.

**Schicke Neubauten für Migranten dürfen in jeder Stadt (von außen) bewundert werden**

Nicht erst vom Tübinger [OB Boris Palmer wissen wir](#), dass

Städte Migranten Wohnraum – wenn es nicht anders geht eben als Neubauten – zur Verfügung stellen müssen. Das verlangt die kommunale Gemeindeordnung, die Obdachlosigkeit verbietet. Auf dieser juristischen Basis entstehen ganze Kleinsiedlungen von Neubauten, die der arme Michel oft nur von außen bewundern darf, denn das von der Kommune bezahlte strenge [Wachpersonal weist die Neugierigen ab](#).

Die Wohngebiete kommen für niemanden überraschend, denn in offiziellen städtischen Dokumenten kann jedermann nachlesen, wann welche Baumaßnahme geplant wird. In Köln waren für den [Zeitraum 2018-2021 seinerzeit](#) 297 Millionen Euro für die *Schaffung von Unterkünften für Vermeidung von Obdachlosigkeit, insbesondere für Geflüchtete* geplant und – andererseits – für den kommunalen Wohnungsbau nur etwa die Hälfte.

**Der Michel geht leer aus, weil er kneift. Wo bleibt sein Plakat „Ich will auch ein Eigenheim!“**

Gerade in heutigen Zeiten der extremen Wohnungsnot, der hitzigen Debatten über Enteignung und Mietdeckel, wäre zu fragen, warum da offensichtlich Geld und Baukapazitäten da sind und die Einheimischen so dreist diskriminiert werden. Wo bleiben Demos der Betroffenen mit fordernden Plakaten, am liebsten gleich vor den neuen Multi-Kulti-Siedlungen? Auch eine Flugblätterverteilung in den dichten Reihen der Wohnungsbesichtigenden würde für Aufregung sorgen, wengleich für die Initiatoren die Gefahr besteht als „Rassist“ – wer ist aber [heute keiner](#) – beschimpft zu werden, groß ist. Dennoch: Entstände viel Wirbel um den Vergleich, bestünde die Chance, dass das Tabu-Thema in die TV-Talks gelangt. So aber fehlt in jedweder Diskussion über Wohnungsnot der Hinweis, dass die zwei Millionen „Neubürger“ schließlich irgendwo untergebracht werden mussten. Wer sich nicht wehrt hat schon verloren!

**„Immobilienkataloge für Migranten“ – wie Populisten das Thema breit nutzen könnten**

Warum die verantwortliche Politik nicht provozieren, eignet sich das Thema „Neubauten für Migranten, Altbauten für Steuerzahler“ doch so hervorragend für Videos (für die Nachwelt!) und Broschüren?



Auch die Herausgabe eines deutschlandweiten Willkommensatlas mit Nennung aller Neubauten mit schönen farbigen Fotos wäre keine schlechte Idee. Ein Druck kostet heute im Eigenverlag bei großer Auflage nicht viel. Kostenlose Exemplare könnte schließlich an die Bürger anlässlich der Demos, nahender Kommunalwahlen, in Landtagen, vor dem Bundestag oder selbst – dann bitte mehrsprachig – vor dem Europäischen Parlament verteilt werden. Ein solcher Katalog wäre doch der unumstößliche Beweis, dass die „deutsche Wohnungsnot eine rein rassistische Fake News“ und die „Integration der Schutzbefohlenen“ einwandfrei gelungen seien.

Auch interessierte ausländische Touristen (Japaner, Chinesen, Russen) sollten unbedingt in Besitz eines Souvenir-Exemplars kommen. Spätestens wenn einige der Gäste mit dem Taxi die schönsten Objekte besichtigen möchten, könnte der Herausgeber sicher sein, dass das Thema angekommen ist.

Wer traut sich diese anspruchsvolle Aufgabe zu übernehmen?

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr  
.   
Vi  
kt  
or  
He  
ese  
ist  
Do  
ze  
nt  
un  
d  
Fa  
ch  
bu  
ch  
au  
to  
r.  
Sp  
ez  
ia  
li  
si  
er  
t  
ha  
t  
er  
si  
ch  
au  
f  
de*

m  
Ge  
bi  
et  
de  
r  
Bö  
rs  
en  
un  
d  
Ba  
nk  
en  
.  
Fü  
r  
Bö  
rs  
en  
an  
fä  
ng  
er  
ha  
t  
er  
da  
s  
Bu  
ch  
„[F](#)  
[un](#)  
[da](#)  
[me](#)  
[nt](#)  
[al](#)

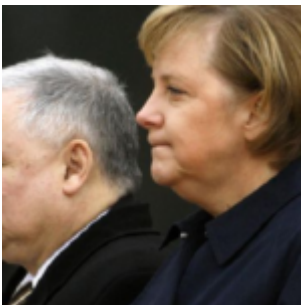
-  
ve  
rs  
us  
Ch  
ar  
tt  
he  
or  
ie

.  
Me  
th  
od  
en  
de  
r  
Ak  
ti  
en  
be  
we  
rt  
un  
g  
im  
Ve  
rg  
le  
ic  
h“  
(S  
pr  
in  
ge  
r  
20

15  
)  
ve  
rf  
as  
st  
. Er  
be  
tr  
ei  
bt  
di  
e  
Bl  
og  
s  
pr  
aw  
da  
24  
.c  
om  
un  
d  
fi  
na  
nz  
er  
.e  
u  
un  
d  
gi  
bt  
de  
n

Bö  
rs  
en  
br  
ie  
f  
„D  
er  
Zi  
ns  
de  
te  
kt  
iv  
“  
he  
ra  
us  
.  
He  
es  
e  
ko  
mm  
t  
au  
s  
Ma  
su  
re  
n  
un  
d  
le  
bt  
se  
it





# Wie soll es mit Polen und Deutschen nach der Merkel/Kaczynski-Ära weiter gehen?

Von DR. VIKTOR HEESE | Zum 80-jährigen Gedenktage des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges wäre jenseits der zahlreichen Schuld-, Verbrechens-, Vertreibungs- oder Reparationsfragen

konstruktiver zu überlegen, wie es mit Polen nach der Merkel-Ära in Deutschland und der Kaczynski-Ära in Polen weiter gehen sollte.

## **Ehemalige deutsche Ostgebiete heute – ein Land ohne (deutsches) Volk**

Nicht nur viele Aussiedler – [so der Autor](#) – halten die Wiederbelebung der alten Frage nach den deutschen Grenzen im Osten für wirklichkeitsfremd und wenig zielführend. Die Zahl unserer in der Region noch lebenden Landsleute ist heute schon aus demographischen Gründen verschwindend gering. Zum Beispiel zählt die deutsche Minderheit im ehemaligen Ostpreußen vielleicht noch ein paar Tausend Personen. Ihre Nachkommen haben so gut wie keine Beziehung zum Deutschtum mehr.

Aus meinem Heimatdorf Altmark (heute polnisch Stary Targ) im Kreis Stuhm/Westpreußen hatten die letzten der noch vor 1945 Geborenen Anfang der 1970er-Jahre die Heimat in Richtung Westdeutschland verlassen. Die Leute können aber heute jederzeit auch mit Kleinstkapital dort zurückkehren, was nicht wenige [bereits tun](#). In dem dicht besiedelten Schlesien sollen die Zahlen etwas günstiger ausfallen. Dennoch ist es auch hier verschwindend wenig. Ins arme Deutschland kommen jährlich mehr Migranten als es in [Polen noch Deutsche](#) gibt.

## **Neubeginn der deutschen Geschichte im Osten durch Einwanderung?**

Was heute in einer Zeit, wo die Leistungsträger das Multi-Kulti-Deutschland verlassen wollen, realistisch ist, wäre eine Wiederansiedlung der Deutschen auf der Basis der Leistungserbringung vor Ort und der Loyalität zum polnischen Staat ohne irgendwelche utopischen Forderungen. Auch viele Russland-Deutsche machen sich [auf den Weg zurück](#).

So verlief auch die Ansiedlung vor Jahrhunderten und damals klappte es – besonders im Mittelalter und in den 15. bis 18. Jahrhunderten – hervorragend. Sachsens Wettiner August der

Starke und sein Sohn August III waren sogar Könige von Polen. Wenn Polen heute aufgrund des Wirtschaftsbooms ökonomisch bald „auf Augenhöhe“ mit dem kriselnden Deutschland steht, entfällt jede Neidgefahr mit den einströmenden „reichen Deutschen, die alles aufkaufen wollen“ – wie es noch in 1970er- und den 1980er-Jahren hieß.

Auch wenn es durch die Brüssel/Berlin-Attacken gegen das politisch nicht korrekte Polen nicht danach aussieht, ist die Chance für einen geschichtlichen deutschen Neuanfang in diesem Teil des [Ostens Europas](#) günstiger denn je. Vielleicht werden wir Deutsche bei fortschreitender Islamisierung bald dorthin in Massen flüchten müssen?

### **Was nützt und was nützt nicht im echten Dialog mit Polen?**

Der verschiedenen Publikationen rund um den 2. Weltkrieg und die verlorenen Ostgebiete sind sicherlich „quellentechnisch“ oft sehr fundiert und die Berichte über die Vertreibung leider erschütternd. Sie geben aber keinen Hinweis, wie es mit den Polen friedlich weitergehen soll. Jeder, der Vergangenheitserklärung betreibt, muss den Mut haben, diese Frage auf den Boden der heutigen Realität zu beantworten. Das wird leider in solchen „Analysen“ häufig vermisst.

Denn es bleibt wohl umstritten, dass unser östlicher Nachbar sich mit den Deutschen nicht mehr in Debatten über Schuld und Gegenschuld verwickeln lassen möchte, zumal wenn er ein starker Verbündeter im Kampf gegen die von Brüssel gesteuerte Islamisierung Deutschlands ist – wie einst 1683 das christliche polnische Heer unter König Sobieski beim Sieg über die Türken bei Wien.

Wenn in Deutschland einmal ökonomisch gedacht wäre, verlöre auch [Polens Reparationsforderung von 800 Milliarden Euro](#) (resultieren aus einer in 1945 errechneten und mit vier Prozent verzinsten Anfangsforderung von 50 Milliarden US-Dollar) ihren Schrecken. Denn wenns schon ums Geld geht, hat

auch Deutschland das Recht, der Republik Polen eine Gegenrechnung für die Hunderttausenden ihrer während des Kriegsrechts in 1980er-Jahren hier gestrandeten und von uns alimentierten Landsleute aufzustellen. Die Polen wissen, dass Deutschland 40 Milliarden Euro jährlich für Migranten ausgibt und dafür Geld hat. Würde die Zahlung in 100 Jahresraten beglichen (wie nach dem Ersten Weltkrieg) wäre sie für ein Land, das „so vieles schaffen kann“ verkraftbar.

## **Fazit**

In baldigen Debatten rund um den 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges werden Hinweise auf die Leistungen Deutscher in den ehemaligen Ostgebieten und deutscher Minderheiten in Osteuropa wohl rar bleiben. Es freut daher, dass es noch Plattformen gibt, wo daran erinnert werden darf.



Dr. Viktor Heese.

*Dr  
.  
Vi  
kt  
or  
He  
ese  
ist  
Do  
zent  
und  
Fach  
buch*

au  
to  
r.  
Sp  
ez  
ia  
li  
si  
er  
t  
ha  
t  
er  
si  
ch  
au  
f  
de  
m  
Ge  
bi  
et  
de  
r  
Bö  
rs  
en  
un  
d  
Ba  
nk  
en  
.  
Für  
Bö  
rs

en  
an  
fä  
ng  
er  
ha  
t  
er  
da  
s  
Bu  
ch  
„E  
un  
da  
me  
nt  
al  
-  
ve  
rs  
us  
Ch  
ar  
tt  
he  
or  
ie  
.  
Me  
th  
od  
en  
de  
r  
Ak  
ti

en  
be  
we  
rt  
un  
g  
im  
Ve  
rg  
le  
ic  
h“  
(S  
pr  
in  
ge  
r  
20  
15  
)  
ve  
rf  
as  
st  
.  
Er  
be  
tr  
ei  
bt  
di  
e  
Bl  
og  
s  
[pr](#)  
[aw](#)

da  
24  
.c  
om  
un  
d  
fi  
na  
nz  
er  
.e  
u  
un  
d  
gi  
bt  
de  
n  
Bö  
rs  
en  
br  
ie  
f  
„D  
er  
Zi  
ns  
de  
te  
kt  
iv  
“  
he  
ra  
us  
.



He  
es  
e  
ko  
mm  
t  
au  
s  
Ma  
su  
re  
n  
un  
d  
le  
bt  
se  
it  
üb  
er  
40  
Ja  
hr  
en  
in  
Kö  
ln  
.

---



# Polen vor Parlamentswahl: Polexit – Schlechte Noten für Deutschland

Von DR. VIKTOR HEESE | Die Unterstützung Ursula von der Leyens als neue EU-Chefin durch die in Polen regierende PiS hatte viele patriotische Deutsche irritiert. Ist Polen noch ein Partner gegen Brüssel? Für die pragmatischen Osteuropäer war diese „Notlösung“ dennoch konsequent. Sie haben jetzt den linken Frans Timmermans vom Hals und gewinnen Zeit, um sich (wohl?) bald von der EU zu verabschieden. Die Parlamentswahlen am 13. Oktober dürfte das Regierungslager gewinnen.

## **Im Osten nichts Neues – der Westen infiltrierte, Polen bleibt wehrhaft**

Ein Polexit käme spätestens in Frage, wenn Warschau wegen seines Wirtschaftsbooms (BIP jährlich regulär über vier Prozent) zum EU-Nettozahler aufsteigt. Da dieser Zeitpunkt unbarmherzig naht, wird die Infiltrierung des Landes durch westliche „Werteaktivisten“ mit Propaganda und Geld im Lande und von außen immer massiver. Die alten Anschuldigungen der Werteverletzung (Migrationsverweigerung, Pressefreiheit, Justizreform, Urwaldrodung in Białowieża) reichen nicht mehr aus, neue kommen auf die Tagesordnung.

## **Katholische Kirche wird zur Zielscheibe – der „Kulturkampf“ mit linker Szene beginnt**

Die gerade hofierte LGBT-Bewegung ([PI-NEWS berichtete](#)) ist der neueste Trend. Er missbraucht die aktuellen Proteste gegen die kirchliche Pädophilie, um die PiS-orientierte katholische Kirche zu schwächen. Während sich die polnische Provinz fest in Händen des Regierungslagers befindet, hat die „europäische“ Opposition ihre wenigen Hochburgen in den Großstädten.

Nach den Kommunalwahlsiegen in Danzig und Warschau fiel dort den neuen Bürgermeistern im Schulbereich als erste Maßnahme nur der Ersatz des Religions- durch den Sexualunterricht ein. So etwas reizt und spaltet die Leute massiv. Die konkurrierenden Aufmärsche – wie zuletzt in Bialystok – für Gleichheit (Opposition) einerseits und für Familie (PiS-Anhänger) andererseits – sind ohne Polizeischutz nicht mehr möglich. Der Staat hält sich stark zurück – Vorwürfe über Polizeigewalt gelingt den „Werteaktivisten“ nicht zu kreieren.

Gewaltszenen und Kopftücher beherrschen Gott sei Dank (noch) nicht das Alltagsbild auf Polens Straßen. Märchen von Faschismus, Rassismus und Nationalismus in den „proeuropäischen“ Systemmedien, die meistens Westkonzernen gehören, dagegen schon. Die Meinungsmacher gehen sehr gezielt und konzentriert vor. Gerade läuft eine Großkampagne gegen den Erzbischof von Jedraszewski, der es wagte, die LGBT-Exzesse – in Anlehnung an die „rote Pest“ aus den kommunistischen Zeiten – als „Regenbogen-Pest“ zu bezeichnen. In Polen kann ein solcher Schuss [schnell nach hinten](#) los gehen. Andererseits stoßen diese Meinungsdiktatoren mitsamt ihrer TV-Kanäle auf Gegenwehr der öffentlich-rechtlichen TVP und die wenigen Print-Magazine, die mit heimischem Kapital wirtschaftlich gerade so überleben. Jeder Kundige und Willige wird Polen Meinungsvielfalt attestieren.

### **Impressionen aus dem Heimaturlaub im ehemaligen Ostpreußen**

Obige Impressionen ließ der Autor während seines Heimataufenthaltes im ehemaligen Ostpreußen, ([in Siemiany bei Ilawa](#), in Deutsch Schwalgendorf und Deutsch Eylau) auf sich

einwirken. Über den besagten Kulturkampf zwischen den „Europäern“ und den „Nationalisten“ hatte selbst der Dorfpfarrer in seinen Predigten berichtet. Dennoch: Im Vergleich zu den über Satellit täglich einströmenden Absurditäten aus der Moralhochburg Deutschland waren selbst diese beunruhigenden Nachrichten nur Peanuts. Habe ich mich dennoch zu sehr geärgert, tat ein Ausflug mit dem Moped zum Besuch einer der alten deutschen Sehenswürdigkeiten im schönen Ostpreußen gut. Die Marienburg sieht noch genauso aus wie in einem [alten Film von 1943](#).

### **Parlamentswahlen Wahlen in sechs Wochen – noch ist Polen nicht verloren!**

Am mitteleuropäischen „Frontverlauf“ zwischen den Populisten und den Demokraten wird sich nach der Wahl in Polen wahrscheinlich nichts ändern. Die Vereinte Rechte (Zjednoczona Prawica) mit der dominierenden PiS dürfte ihre absolute Mehrheit verteidigen. Die kommenden Wahlen in Österreich und – vielleicht auch in Italien und in Spanien – dürften da schon viel unsicherer ausfallen. Die polnische Wirtschaft boomt, die Rezession in Deutschland und Westeuropa wird von der Regierung sicherlich als Warnzeichen für das Versagen der EU und die Multikulti-Politik genutzt. Polen kann somit bis auf weiteres im Osten die „populistische Front“ gegen Brüssel verteidigen.

### **Beziehung zu den Deutschen leider unverändert distanziert**

Die Beziehungen zu den Deutschen – nicht allein zum Berliner Polit-Establishment in Berlin – werden leider weiter abgekühlt bleiben, solange hinter der Oder der aggressive Merkelismus herrscht und die Deutschen mit ihm nicht klar kommen. Deutschen patriotischen Kräften wird vorgeworfen, zu wenig zu unternehmen, um das Selbstbewusstsein der Polen zu würdigen. So glauben die Leute hier, die Mehrheit der Deutschen sitzt tatsächlich auf einem hohen „moralischen Ross“ und betrachte die Nachbarn als leistungsschwache Rebellen, die zwar gegen Brüssel angehen, aber sonst unkooperativ sind und ständig

fordern. Das Thema Kriegsreparationen ([PI-NEWS berichtete](#)) dürfte bald wieder aufgerollt werden. Am 1. September nähert sich der 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges.

### **Deutschland kein Vorbild mehr**

In den Augen vieler Polen ist das immer noch hochnäsige Deutschland kein Vorbild mehr, sondern generiert zusehends zum „kranken Mann Europas“. Anmerkung: Der letzte Punkt gibt nicht die Meinung bzw. die Wertung des Autors wider, sondern die öffentliche Meinung hüben wie drüben.

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr  
.  
Vi  
kt  
or  
He  
ese  
ist  
Do  
ze  
nt  
un  
d  
Fa  
ch  
bu  
ch  
au  
to  
r.  
Sp  
ez*

ia  
li  
si  
er  
t  
ha  
t  
er  
si  
ch  
au  
f  
de  
m  
Ge  
bi  
et  
de  
r  
Bö  
rs  
en  
un  
d  
Ba  
nk  
en  
.  
Für  
r  
Bö  
rs  
en  
an  
fä  
ng  
er

ha  
t  
er  
da  
s  
Bu  
ch  
„F  
un  
da  
me  
nt  
al  
-  
ve  
rs  
us  
Ch  
ar  
tt  
he  
or  
ie  
.  
Me  
th  
od  
en  
de  
r  
Ak  
ti  
en  
be  
we  
rt  
un

g  
im  
Ve  
rg  
le  
ic  
h“  
(S  
pr  
in  
ge  
r  
20  
15  
)  
ve  
rf  
as  
st  
.  
Er  
be  
tr  
ei  
bt  
di  
e  
Bl  
og  
s  
[pr](#)  
[aw](#)  
[da](#)  
[24](#)  
[.c](#)  
[om](#)  
un



d  
fi  
na  
nz  
er  
.e  
u  
un  
d  
gi  
bt  
de  
n  
Bö  
rs  
en  
br  
ie  
f  
„D  
er  
Zi  
ns  
de  
te  
kt  
iv  
“  
he  
ra  
us  
.  
He  
es  
e  
ko  
mm

t  
au  
s  
Ma  
su  
re  
n  
un  
d  
le  
bt  
se  
it  
üb  
er  
40  
Ja  
hr  
en  
in  
Kö  
ln  
.



# **AfD-Erfolg als Vorbild für Gründung eines Unabhängigen Bürgerfernsehens**

Von DR. VIKTOR HEESE | Die politischen Erfolge der AfD kennt jeder. Der blauen Partei ist es gelungen, die Wählermassen in Opposition zum herrschenden System zu bringen. Könnte ein Protestsender (Unabhängiges Bürgerfernsehen) ebenso die Zuschauermassen mobilisieren und das ARD-Monopol brechen? Sicher ist: Die GEZ-Boykotte und die vielen Gerichtsklagen blieben bis jetzt unwirksam. Das neue Bürgerfernsehen müsste unabhängig und objektiv und nicht nur auf AfD-Zuschauer zugeschnitten sein. Von der AfD könnte es dagegen analog lernen, wie man gegen eine mächtige Systemstütze wie die ARD (das gleiche gilt für das ZDF) vorgehen sollte.

## **1. AfD – kleine Truppe, große Wirkung**

Die AfD hat knapp 35.000 Mitglieder, die „Volksparteien“ SPD und CDU mehr als das 15fache. Umgerechnet auf die Stimmenanteile bei der Bundestagswahl 2017 wären die Blauen sieben bis zehn Mal „effektiver“ als die Etablierten. Im Umkehrschluss bedeutet das: um wirksam zu sein (zu werden), ist kein riesiger Parteiapparat notwendig. Hohe Mitgliederzahlen garantieren keinen automatischen Erfolg, wenn Wähler nicht überzeugt sind. Ein Bürgerfernsehen würde daraus lernen: Der Kostenmloch ARD muss in der Nachrichtensparte nicht besser sein als ein kleiner, kostengünstig und professionell arbeitender Sender. Mit den Nachrichten sollte beim Protestsender begonnen werden, weil hier Volkes Wut die größte ist.

## **2. Wählerstimmen und Zuschauerquoten vergleichbare Erfolgsindikatoren**

Wählerstimmen sind als Erfolgsmesser mit den TV-

Zuschauerquoten und den Auflagen im Medienbereich gut vergleichbar. Über den Erfolg entscheidet in beiden Fällen letztendlich der Bürger als „Endabnehmer“. Immer wenn ein neuer Anbieter auf dem politischen oder medialen Markt auftaucht, verstärkt er den Wettbewerb. Die Neuen (AfD, Bürgerfernsehen) werden von den Etablierten (Systemparteien, ARD) aufs Schärfste bekämpft, obgleich sie Träger der Innovation und der Qualitätsverbesserung sind. Das heißt, auch ein Bürgerfernsehen würde von Anfang an vom Monopolisten ARD als populistisch und antidemokratisch diffamiert – darauf muss es sich einstellen. Die „Kampferfahrung“ der AfD mit dem System könnte ihm auch hier zugutekommen.

### **3. Eine Breitenbewegung „Pro Bürgerfernsehen“ und nicht der GEZ-Boycott ist die Lösung**

Während aktive ARD-Gegner zur Waffe „GEZ-Boycott“ greifen, schalten passive Zeitgenossen einfach die Glotze ab. Beide Wege sind nicht zielführend. Denn nicht *gegen* das GEZ-Diktat, sondern *für* ein Bürgerfernsehen lohnt es sich aufzubegehren. Ein Staatsfernsehen kann schnell auf eine staatliche Finanzierung umgeschaltet werden (GEZ-Gebühren fallen weg, ARD bleibt). Auch der Zuschauer-Boycott beeindruckt die arrogante ARD-Spitze kaum. So bleiben auch die letzten Sticheleien mit der Bargeldzahlung-Idee, über die [PI-NEWS berichtete](#), ohne Auswirkung. Mit einem nächsten Gerichtsurteil kann die Freude beim Zwangszahler schon vorbei sein.

Auch ist zu vermuten, dass sich unter den angeblichen 4,9 Millionen GEZ-Verweigerern – das sind immerhin elf Prozent der 45 Millionen Beitragspflichtigen – viele „unechte Helden“ befinden. Die [Rundfunkbeiträge sind in den letzten drei Jahren](#) nur um etwa vier Prozent und nicht um elf Prozent zurückgegangen. Wird da aus Publicity-Gründen gemauert?

Bei einer Massenbewegung mit Demonstrationen sehen die Erfolgschancen anders aus (was leider auch der Fall der Klimaaktivisten zeigt). In der Politik gab es auch im braven

Deutschland immer Proteste. Aber erst die AfD-Gründung als eine schlagkräftige Oppositionspartei zeigte im Kampf gegen den Merkelismus Wirkung. Würde sich eine starke und nachhaltig agierende Bewegung „Pro Bürgerfernsehen“ erst etablieren, ließe sich seine Gründung des ersehnten „Protestsenders“ als Endziel nicht mehr verhindern. Bislang ist in dieser Hinsicht nicht viel passiert, obwohl das Wutpotential landesweit enorm ist. Es gibt aber auch Ventile, um dieses abzulassen.

„Streikende“ Zuschauer begnügen sich mit den alternativen Youtube-Kanälen, der Apolitische wird mit seiner Lieblingssendung „Bauer sucht Frau“ abg gespeist, der Riese ARD guckt ruhig zu und wartet ab. Angst vor dem Markt braucht er nicht zu haben. Leider können noch so kompetente, aber isolierte und anonyme Kanäle einen Satteliten-Fernsehsender hinsichtlich Zuschauerzahlen, Kontinuität und Programm-Transparenz (Fernsehhefte) nicht ersetzen. So wie viele noch so tapfere Einzelkämpfer eine Armee nicht zu schlagen vermögen. Erst vereint ist man wirklich stark!

#### **4. Finanzierung je nach Fortschritt aus Privatgeldern, Steuermitteln und über die Börse**

Wie der Weg von einer unscheinbaren Protestbewegung „Pro Bürgerfernsehen“ zum funktionierenden systemgefürchteten Protestsender aussehen könnte, wird [hier in mehreren Beiträgen](#) diskutiert. Zur Erinnerung: Auch die AfD fing vor sechs Jahren klein ein, bevor sie in die Landtage und den Bundestag einzog.

Skeptiker des skizzierten Konzeptes werden wiederholt das alte Finanzierungsargument anführen. Dem ARD-Konzern stehen doch über acht Milliarden Euro Einnahmen zur Verfügung! Auch diese Sichtweise greift zu kurz, was folgende, je nach Entwicklungsphase unterschiedliche Finanzierungsideen zeigen:

- Startphase: Vereine und organisierte Bewegungen beginnen mit kleinen Beiträgen und Spenden und suchen sich, wenn sie mächtig genug werden und ihr Ziel noch nicht

- erreicht haben, andere Quellen. Jeder Anfang ist schwer!
- Gründungsphase: Wenn ein startbereites, öffentlich-rechtliches Bürgerfernsehen steht, müsste dieses einen Teil von dem GEZ-Kuchen abbekommen. Das Geld ließe sich im Zweifelsfalle einklagen, da öffentliches Interesse vorliegt. Hiergegen würde sich der Monopolist besonders vehement wehren. Auch bei einem zehn prozentigen Gebührenanteil dürfte der Newcomer der politisch korrekten ARD die Zuschauerschaaren abjagen.
  - Betriebsphase: Alternativ käme als Starkapital und für später auch eine Finanzierung über die Börse und aus Werbeinnahmen in Frage. Für die Objektivität ist das ungefährlich. Nicht die Kommerzialisierung, sondern die Staatsnähe ist das Problem der heutigen „Lügenmedien“. Dass so etwas funktioniert, wenn es – anders als bei unseren merkeltreuen RTL & Co.! – von der Politik abgekoppelt ist, zeigt die Praxis in den USA und [auch Polens](#).

Die Börsenfinanzierung wäre eine reizende Idee. Otto-Normal-Zuschauer könnte als stolzer Besitzer einer „Fernseh-Aktie“ vor dem Nachbarn prahlen und Multiplikatoreffekte erzeugen. Gäbe es nur eine Million solch glücklicher Kleinaktionäre, – Siemens hat z.B. 690.000 Anteilseigner – die ihre Aktie für 20 Euro zu kaufen bereit wären, wären das Gründungskapital und die Mittel für die dreijährigen Betriebskosten unter Dach und Fach.

**Fazit:** Eine kompetente Initiatoren-Gruppe müsste mit dem Konzept anfangen – Interessenten dafür melden sich am besten bei PI-NEWS!

» [info@pi-news.net](mailto:info@pi-news.net)

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*

---



# Ohne Staatsgelder wäre die Hilfstruppe der Antifa schnell pleite

Von DR. VIKTOR HEESE | Über die provozierenden Umtriebe der Amadeu Antonio Stiftung wird regelmäßig berichtet. Ein Blick auf die ausgewählten Themen und Projekte des linken

Propagandahauses reicht, um zu erkennen, wo es hier lang geht. Aus den wenigen Geschäftszahlen erkennt der Steuerzahler darüber hinaus, wie viel ihn die staatlich geduldeten Heuchler und Hetzer kosten. Ohne die Staatszuschüsse wäre die Hilfstruppe der Antifa nicht überlebensfähig.

**Steuerfinanzierte Stiftungen mauern, dennoch verraten auch wenige Finanzzahlen die Gehälter!**

Weltweit tätige politiknahe Stiftungen gedeihen besonders prächtig in Deutschland, hier wegen der regulär fließenden üppigen Staatsgelder von zuletzt 600 Millionen Euro. Die als politische Aufklärungsstellen für den Otto-Normalverbraucher zunächst gedachten Einrichtungen erinnern stark an ein mittelgroßes städtisches Unternehmen, das keinen Wettbewerb kennt ist und seine Preise diktiert.

Die zuletzt wegen ihrer „Mitte-Studie“ aufgefallene [Friedrich Ebert-Stiftung](#) – in den Führungsgremien sitzen die Politpensionäre Kurt Beck und Hannelore Kraft – beschäftigt z.B. weltweit 672 Mitarbeiter in Deutschland und 106 ausländischen Büros und verwaltet einen Etat von 176 Millionen Euro.

Über die Theorie und Praxis der Stiftungen, ihrer Finanzmacht im Vergleich zu offiziellen Parteibilanzen, ihre Politpensionären/Politversagern und generellen Machenschaften [hier mehr](#).

Anders als bei jeder kleinen Kapitalgesellschaft, die Bilanzen und Ergebnisrechnungen veröffentlichen muss, ist in den Tätigkeitsberichten und auf den Webseiten der Polit-Stiftungen über Finanzen nur Banales zu finden. Dennoch findet der Bilanzkundige auch hier immer etwas Interessantes, zum Beispiel über die üppigen Gehälter wie bei der [links-aggressiven Amadeu Antonio-Stiftung](#) (AAS).

**Mit 5500 Euro Monatsgehalt (geschätzt) lässt sich sorglos Jagd auf Nazis machen**



Die AAS ist mit etwa 30 Mitarbeitern (davon wohl nur die Hälfte fest angestellt) und einem Jahresbudget von 3,2 Millionen Euro nur ein kleiner Fisch, ein Piranha in dem großen Teich der Abzocker.

AAS 2017		ANLAGE 2	
<b>AMADEU ANTONIO STIFTUNG HEIDELBERG</b>			
<b>ERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017</b>			
<b>Bei unterstellten 22 Vollzeitstellen und 15% Sozialabgaben (Arbeitgeber) errechnet sich ein durchschnittliches Brutto-Monatsgehalt inkl. evtl. Pensionsrückstellungen von über 5.500 Euro</b>			
	2017 EUR	2016 TEUR	
2. Übrige Erträge		34.782,64	22
a) Spenden	616.388,78		860
b) Zuschüsse	2.577.914,12		1.627
c) Sonstige	50.010,33		42
	3.244.313,23	2.529	
3. Aufwendungen für den Stiftungszweck			
a) Honorare und Projektkosten	-375.445,64		-897
b) Projektförderung	-183.388,07		-236
c) Personalaufwand	-1.729.008,77		-1.142
	-2.287.842,48	-2.275	
4. Abschreibungen auf immaterielle			

Grafik: Gehaltsstruktur bei der AAS.

Rechnen wir die 1,73 Millionen Euro Personalkosten für 2017 auf unterstellte 22 Vollstellen um, kommen wir nach Sozialabgaben und evtl. Pensionsrückstellungen auf ein monatliches Gehalt von etwa 5500 Euro pro Vollstelle (wie genau die Gehaltsstruktur aussieht, kann nur detailliertes Zahlenmaterial liefern). Dennoch: Mit 80 Prozent mehr Gehalt als bei einem Durchschnittsdeutschen lässt sich ruhig Rassisten und neue Nazis – so wurde selbst die CDU getauft – jagen. Eine hochgradige Heuchelei.

Die ausgewiesenen Zahlen weisen zwei weitere Auffälligkeiten aus. Erstens: In 2017 erfolgte eine signifikante Mittelverschiebung von den Honoraren zu den Personalkosten in Höhe von 1,73 Millionen Euro. Die „Umbuchung“ lässt sich nur mit der Angst vor „Subventionskürzungen“ erklären. Denn ein Angestellter hätte im Unterschied zum freien Mitarbeiter auf Honorarbasis einen Arbeitsplatz zu verteidigen. Sollten Kürzungen kommen, wird schnell das Lamento von

„Arbeitsplatzbedrohung“ aktiviert. Zweitens: Fallen die Staatszuschüsse von 2,6 Millionen Euro ganz aus, kann die AAS aus den Reserven (dem Eigenkapital) gerade sechs Monate überleben.

### **Nur die AfD-nahe Desiderius Erasmus-Stiftung wartet auf ihr Geld**

Während die großen und kleinen Fische im staatlichen Subventionsteich munter herumplanschen, soll der AfD-nahen Desiderius Erasmus-Stiftung die Luft abgeschnitten werden. Die stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag [wartet seit Monaten](#) auf die ihr gesetzlichen zustehenden Mittel von etwa 73 Millionen Euro und musste dieserhalb Klage beim Verfassungsgericht einreichen.

Für die Mittelzuweisung an die Stiftungen sind mehrere Ministerien zuständig. Die AAS wird zum Beispiel primär vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgefüttert. Werden irgendwann die zuständigen Ministerialbeamten für die „Verweigerungsmissbräuche“ – anders wohl als die volkssouveränen Bundestagsabgeordneten, die keine AfD-Parlamentspräsidentin wählen wollten – zur Verantwortung gezogen? Dürfen denn die politisch Korrekten alles auf die Weisungsabhängigkeit („Befehlsnotstand“) abwälzen? Das hatten wir schon mehrmals in unserer Geschichte und es ist schief immer gegangen.



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*

---



## **Ukraine: Krawallmacher für Brüssel gesucht!**

Von DR. VIKTOR HEESE | Die Ukraine soll mit aller Macht in die EU und NATO, solange der Westen das noch durchsetzen kann. Dabei ist es ersichtlich, dass der „kranke Mann Europas“ dort nicht hingehört. Politisch unreif, mit allen Nachbarn verfeindet, ökonomisch ruiniert – das sind seine Erkennungszeichen. Der Sieg von Wolodymyr Selenskyj bei den Präsidentschaftswahlen am Ostersonntag wird daran wohl nicht viel ändern, denn es war keine Richtungswahl. In den Westen darf das Land (noch?) nicht, in den Osten will die Regierung und wollen die Eliten nicht. Bis jetzt.

### **Aufnahme in die NATO ein politischer Selbstmord**

Über die Ukraine wird seit Jahren so viel berichtet, dass es

praktisch erscheint, an die politischen Probleme nur in Stichworten, kurzen Video-Beiträgen und polemischen Fragen bzw. Kommentaren zu erinnern. So bleibt die Aufmerksamkeit des Lesers hoffentlich erhalten, der von der Informationsflut müde wird.

Einige der unten skizzierten Sachverhalte mögen dabei schon etwas veraltet sein, die Hauptfragen bleiben dennoch weiter bestehen. Man erinnere sich, wie relativ schnell und friedlich die Transformation von der kommunistischen Plan- in die kapitalistische Marktwirtschaft – anfänglich ohne die EU – in Osteuropa verlief. Warum geht das nicht in der Ukraine?

### **Stichwort 1: Wo bleibt die politische Kultur?**

Stellen Sie sich vor, die ukrainische „Parlamentarier“ randalieren genauso im EU-Parlament?

### **Stichwort 2: Innere Sicherheit versus Oligarchenherrlichkeit**

Auch Poroschenko ist nur ein Oligarch, der mit dem Erzfeind Russland beste Geschäfte macht.

### **Stichwort 3: Feindschaft der Politelite gegen Russland würde angeheizt werden (mit NATO fühlt man sich stärker)**

Was passiert, wenn das Volk die Feindschaft aber nicht mehr will? Laut Umfragen ist die Mehrheit nicht gegen die Russen. Ein zweiter Majdan-Aufstand mit umgekehrten Zeichen als Folge?

### **Stichwort 4: Paramilitärische Nationalisten (Asow-Bataillon) wären schwerer zu kontrollieren**

Kann eine 3.500 Km lange Grenze zu Russland und Weißrussland vor Provokateuren (auch im ukrainischen Militär) besser überwacht werden, wenn diese glauben, die NATO im Rücken zu

haben?

**Stichwort 5: Polen, Ungarn, Rumänen und Slowaken dürften Entschädigungen für ihre an die UdSSR 1945 verlorenen Ostgebiete und bessere Standards für ihre Minderheiten verlangen**

Spätestens mit dem NATO/EU-Beitritt würden die Anrainerstaaten die obige Frage stellen, bevor es nach diesem Schlusstrich zu spät ist. Schon heute sind die Beziehungen denkbar schlecht. [Ungarn blockiert](#) z.B. NATO-Beschlüsse. Polen erwarten von den Ukrainern – die gerade ihren Kriegsverbrecher Stefan Bandera ehren – [Genugtuung für die Massaker von Wolhynien](#) (1943). Es zeigt sich immer wieder, dass die Ukrainer wohl tatsächlich minderheitenfeindlich sind, nicht nur den Russen gegenüber. Kämen sie in die EU, würden sie schnell zu „käuflichen“ Brüssel-Lakaien werden und gegen die „populistischen“ Visegrad-Staaten sein.

**Stichwort 6: Den blanken Nationalismus und die Gewaltbereitschaft müssten die Habenichtse schleunigst ablegen!**

Die Denkweise der neuen EU-Aspiranten erinnert bei der Aufstellung der „Liste ukrainischer Feinde“ stark an die islamischen Drohungen. Kann Gerhard Schröder noch ruhig schlafen?

**Aufnahme in die EU auch ein ökonomischer Selbstmord**

Auch wirtschaftlich sieht es katastrophal aus. Schuld daran, dass die einst reichste Sowjetrepublik und Kornkammer Europas seit 27 Jahren nicht auf die Beine kommt, ist die schwache Staatsgewalt, die allmächtige Oligarchie, die Korruption und das allgegenwärtige Rechtschaos. Während die anderen Nachfolgestaaten in zehn Jahren den UdSSR-Zerfall verkraftet hatten und heute beachtliches Wachstum und Wohlstand aufgebaut haben, bleibt die hofierte Ukraine das Armenhaus Europas. So

wie das muslimische Tadschikistan das Armenhaus Asiens bleibt.

Nicht nur westliche Finanzinvestoren flüchten, sondern auch [acht Millionen Ukrainer](#) emigrierten schon vor Armut aus dem „[aussterbenden Land](#)“.

Bei einem [monatlichen Durchschnittslohn](#) von 265 US-Dollar und einer Inflation von 14 Prozent ist das [kein Wunder](#).

Die halbherzig angeordneten IWF-Reformen stocken, da außer Sparen und Kürzungen der Regierung wenig einfällt. Die westliche Wirtschaft will sich nicht engagieren, die Chinesen auch nicht. Beim Corruption Perceptions Index 2017 liegt das Land auf Platz 130 von 180 Ländern. Westliche Forschungsinstitute, zu Erfolgsmeldungen verdonnert, melden [allenfalls Mini-Fortschritte](#).

Die Ukraine braucht eine starke (autokratische?) Regierung. Diese ist auch nach der Präsidentenwahl nicht in Sicht. In Anlehnung an Erich Maria Remarque ist man geneigt zu sagen „Im Osten nichts neues“.



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“*

heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.

---



# Heuchelei und Interessenkonflikt beim kirchlichen Raphaelswerk

Von DR. VIKTOR HEESE | Jeder Anwalt weiß, dass er nicht beiden Konfliktparteien gleichzeitig dienen darf, sonst gerät er in einen Interessenskonflikt. Nicht aber unser Staat und die ihm dienlichen Kirchen, die Migranten über die Bleiberechte im „gelobten Land“ instruieren und gleichzeitig die vor ihnen flüchtenden Deutschen beim Verlassen ihrer Heimat beraten wollen.

Wer nach dem Begriff „Altersarmut“ googelt, findet über eine Million Internet-Einträge, darunter auch viele Video-Beiträge zur Auswanderung. Das Thema ist längst kein Tabu mehr selbst für das [ZDF und die ARD](#). Während die Systemträger jammern, eine sofortige Besserung fordern (Linke), lässt die einfache Sofortlösung, für [Rentenerhöhungen Asylkosten kappen](#), auf sich warten. Bei konkreten Tipps für Auswanderungswillige wird auf die professionellen Berater hingewiesen. Ob die Rentner sich beraten oder in Eigenregie auswandern, wäre noch separat zu prüfen.



## **Farce Nr. 1: Das AuswSG – der Staat will seine Bürger schützen, die ihn verlassen wollen!**

Wir ordnungsliebende Deutschen haben für alles ein Gesetz, selbst für die Aufgabe unserer Heimat. Im *Auswandererschutzgesetz (AuswSG)* ist das folgendermaßen geregelt: *Wer geschäftsmäßig Auskunft über die Aussichten der Auswanderung und über die Lebensverhältnisse im Einwanderungsland [...] Rat erteilen will, bedarf der Erlaubnis ...* Auch verbietet das Gesetz Werbung, Zahlungen von Prämien, Fördermitteln und Reisekosten. Der fürsorgliche Staat übernimmt also die Schutzfunktion für Auswanderer und Auslandstätige, bewahrt sie vor der Profitgier kommerzieller Berater und bietet objektive und allumfassende Information an – wer wird heute an solche Märchen glauben? [Für die Beratung](#) sind die ARGE, die deutsche Rentenversicherung und Dutzende gemeinnützigen Stellen, vor allem die Kirchen und Selbständige, zuständig. Alles unabhängige Instanzen.

## **Farce Nr. 2: Nicht Beratung, sondern Bewachung deutscher „Armutsfüchtlinge“ im Ausland?**

Aus Deutschland wandern heute sowohl Leistungsträger als auch „Armutsentner“ aus. Das Staatsversagen zwingt beide Gruppen dazu. Während die Leistungsträger den Staat in der Ferne kaum noch brauchen werden, bleiben die „Armutsentner“ wegen vielfältiger Vernetzungen mit ihm verbunden. Auch der Staat will seine Senioren (offiziellen Statistiken zufolge 250.000 Personen) „im Auge behalten“, die auch nach der [Emigration seine Staatsbürger](#) bleiben.

1. Über die Rentenüberweisungen, Leistungen der Krankenkassen oder Adressenüberlassungen (?) weiß der Staat genau, wo sich die Senioren aufhalten. Er kann diese Leistungen durch spätere Gesetzesänderungen einschränken und nach Belieben „steuern“.
2. Wer auswandert, macht „große“ Wohnungen und Arztpraxiskapazitäten für nachziehende Flüchtlinge frei.



Im Zweifelsfall muss nur an Räumlichkeiten für Rückkehrer gedacht werden.

3. Rentner bleiben Steuerzahler (wenigstens theoretisch) und Wähler. Behördeninformationen über diese Gruppe können dem Staat niemals schaden. Hoffentlich planen die Senioren in der Ferne da nichts Böses gegen unsere FDGO (Freiheitlich-Demokratische-Grundordnung)?

### **Farce Nr. 3: Kirchen spielen Samariter und helfen gleichzeitig „Tätern“ und „Opfern“**

Über das Beratungsmonopol wird diese „Überwachung“ leichter. Hier kommen wieder die Kirchen ins Spiel mit der Caritas, Evangelischer Diakonie oder dem Raphaelswerk. Wem, was und wie aus der Auswandererszene offiziell geboten wird, kann auf den [Webseiten der Hilfswerke](#) nachgelesen werden. Wer andererseits über deren vielfältige Aktivitäten in der „Flüchtlingshilfe“ (z.B. Schlepperfinanzierung, Kirchenasyle), die den deutschen Staat ausplündern und Rentenerhöhungen behindern, Bescheid weiß, wird Heuchelei attestieren.

### **Welche Fragen sollten Kirchenfunktionären und -aktivisten unbedingt gestellt werden?**

Die schaffen das einfach. Keiner kann sagen, dass er hierzulande den Zusammenhang zwischen den 40 Milliarden Euro Asylkosten jährlich und den „Armutsvarianten“ (Wohnungsnot, Altersarmut, Familien- und Kinderarmut) nicht gibt. Auch die konfessionellen Würdenträger und Aktivisten nicht. Sollten diese nicht gefragt werden?

Der Autor lädt deswegen die Leser zu einem Experiment ein, das zum Ziel hat, die Frömmeler zu stellen. Es wird bei dieser Aktion nicht zu erneuten Massenausritten aus der Kirche kommen. Der betrogene Gläubige könnte aber eine gewisse Genugtuung verspüren. Bibel hin, christliche Nächstenliebe her: die Altersarmut und Auswanderung sind aktuelle apolitische Themen und für eine Aussprache in einer

Kirchengemeinde sehr gut geeignet.

Die untere exemplarische Anfrage an eine der im [Adressen-Link genannten Beratungsstellen](#) (die formulierte Absicht muss ja nicht echt sein) und die Antworten darauf würden gute Basis für eine Diskussion bieten.

***Betr.: Auswanderung als Rentner nach Ungarn, Polen bzw. Bulgarien***

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*von meiner Altersrente kann ich in Deutschland nicht würdig leben. Von Bekannten und aus dem Internet habe ich erfahren, dass viele Deutsche auswandern. Weil mich in erster Linie Ungarn, Bulgarien und Polen interessiert, bitte ich vorab um Beantwortung unterer Fragen. Bitte dabei um konkrete Antworten, keine Hinweise auf andere Quellen (Merkblätter usw.) oder Terminvereinbarungen, weil ich zunächst die Informationsmenge einengen und mich auf das Wichtige konzentrieren will.*

- 1. Ist Ihre Beratung kostenlos?*
- 2. Haben Sie Adressen (Webseiten), wo sich andere Deutsche in diesen Ländern in größerer Zahl aufhalten, damit ich nicht so allein wäre?*
- 3. Gibt es Stellen (staatliche, kirchliche), die mein Auswanderungsvorhaben finanziell unterstützen könnten?*

*Für die Beantwortung meiner Fragen wäre ich Ihnen dankbar.*

*Ihr*

*Heinz Müller*

Auch die nicht konfessionsgebundenen könnten sich beteiligen. Interessant, was da rauskäme. Antworten bitte an die bekannte PI-NEWS-Email-Adresse [info@pi-news.net](mailto:info@pi-news.net).



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*



# Warum das Migrantentum hierzulande so ungehindert gedeihen kann

Von DR. VIKTOR HEESE | Mit der Rundum-Versorgung und Merkel kann die Fixierung der Migranten auf Deutschland allein nicht

erklärt werden. Der Asyl-Tourismus hätte bei uns niemals das Ausmaß erreicht, würde das Volk opponieren. Weil die Bürger schnell die Märchen von Kriegsverfolgung und der noch existenten „Nazischuld“ durchschauten, ist zu fragen, warum es nach 2015 keinen Widerstand gab. Nur in einer weltweit belächelten Apathie kann das Migrantentum hier so prächtig gedeihen. Sind Deutsche feiger als andere Nationen?

### **Nicht nur Angela – auch der deutsche Michel ist schuld**

*„Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient“* – sagte einst der französische Diplomat Joseph Marie de Maistre. So gesehen ist nicht Angela allein schuld an der Migrationsmisere, sondern auch die Millionen von Michels (repräsentieren das Volk). Die Frage, ob es unterhalb der Gewaltschwelle wirksame Widerstandsinstrumente gab, ist einfach beantwortet. Das Volk hat den zivilen Ungehorsam, wie 1989, [erst gar nicht gewagt](#). Es ist traurig, wenn es heute jammert *„Was hat diese Merkel nur Deutschland angetan!“*. Wo bleibt das *„Warum haben wir es zugelassen?“*

### **2015 war es weder einfacher noch schwieriger zu „rebellieren“ als 1989**

Das Volk wird diesen Vorwurf nicht hören wollen. *Wir leiden ja trotz Angela keine materielle Not, leben im Wohlstand und mit vollem Bauch demonstriert sich schlecht* – wird es sagen. Dass nach 2015 Rentenarmut, Wohnungsnot und Massenentlassungen kamen, ist ja nicht ihre Schuld, sondern Trumps, Salvinis und Mays. Auch wird das anständige Volk behaupten, nicht es selber, sondern die verräterischen Eliten, Gutmenschen und gewalttätige Linken sind schuldig. *In der DDR hatten wir allein die Staatsmacht gegen uns, heute sind es viele Feinde*. So einfach ist die Sache aber nicht.

Denn das sich als Opfer sehende Volk verschweigt, dass es heute das Internet und keine Stasi am Hals hat. Theoretisch erreicht ein Netz-Aufruf Millionen in Windeseile. Früher

mussten erst Flugblätter gedruckt und verteilt werden. Hätten die Internauten genügend Mut, könnten sie heute Woche für Woche gegen Merkel & Co. bundesweit gewaltlos demonstrieren. Jede Zeit ist günstig oder ungünstig für eine „Rebellion“.

An dieser Stelle drängt sich der Verdacht auf, das deutsche Volk sei dafür heute „zu feige“? Stimmt das.

### **„Feigheit“ im Großformat: Demos oft falscher Mut-Indikator**

Es wird hierzulande viel demonstriert. Gesteuerte, organisierte, systemfreundliche Großdemos gibt es aber auch in Nordkorea. Ein unpolitischer Ausländer, der nur Demos für das Klima oder gegen den Rassismus sieht, glaubt, in Germanien sei alles in Ordnung. Friede, Freude, Eierkuchen. Und was ist mit den spontanen Dauer-Demos des echten Volkes? Pegida und Bürgerinitiativen versuchen seit Jahren, landesweit eine starke Protestbewegung ins Leben zu rufen. Aber der [deutsche Michel](#) will einfach nicht folgen.

Vielleicht geht es ihm so gut, dass er nicht demonstrieren muss. Wohl kaum. Massendemos zur Mietmisere mit Plakaten „Mietwohnungen statt Asylheime“ statt der Drohungen „Enteignet die Miet-Haie“ wären bitter nötig. Warum das nicht passiert, wird nicht am Unwissen, sondern an der Feigheit liegen. Denn gehindert wird das Volk als Masse von niemanden. Einmal geht so etwas am Wochenende, zweitens haben die Millionen Hartz IV-Empfänger auch in der Woche Zeit. Wenn der deutsche Michel aber Angst hat auf der Demo erkannt oder von der Antifa eingekreist zu werden, wird er sich nicht wehren.

Wer beobachtet, wie spontan Volksdemos mit hunderttausenden Franzosen, Polen, Katalanen oder Griechen verlaufen, muss erneut fragen, ob die Deutschen feiger als andere Nationen sind? Das wäre eine bittere Erkenntnis. 1989 ist die DDR auch als letzter Ostblock-Staat auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Im heutigen Europa sind die anderen „Populisten“ auch schon viel weiter.

## **Die vielen „kleinen Feigheiten“ im Alltagsleben**

Wenn das mit der Mutlosigkeit so ist, sollte man klein anfangen. Das Alltagsleben in Deutschland ist voll von „individuellen Feigheiten“, an denen Eliten, Amts- und Würdenträger aber auch die einfachen Michels gleichermaßen beteiligt sind. Zivilcourage und passiver Widerstand fehlen heute überall.

Weil Mut und Feigheit ansteckend sind, lohnt immer ein Blick darauf, wo das Volk üben kann:

1. Whistleblowers (kleine „Snowdens“) decken in Büros Rechtsverstöße auf und zeigen ihre Chefs an
2. Polizisten wenden das Gesetz an, antworten auf Gewalt mit Gewalt, spielen nicht nur Deeskalation.
3. Rentner und Schüler, die Zeit haben, verteilen permanent Flug- und Infoblätter in der Öffentlichkeit
4. „Gäste“ produzieren Eklats bei Lanz & Co., vor Kameras, in Kirchen, bei Pressekonferenzen
5. Selbstverteidigungskurse sind zu fördern, deutsche Jungs verteidigen ihre Mädels in den Discos
6. Wenn Migranten nach Wild-West-Manier randalieren, ist organisierter Selbstschutz einzusetzen
7. Proteste von Mietsuchenden vor neuen Flüchtlingsheimen („Auch wir wollen neue Heime!“)
8. Alternativmedien informieren, wo die „Abwehr“ klappt, verteilen Preise für Zivilcourage

Alles nur Utopien?

## **Durch Deutschland müsste ein Ruck gehen, der Domino-Effekt fehlt**

Die Formen des zivilen Ungehorsams sind vielfältig, man kann sie lernen und andauernd ausprobieren. Osteuropäer haben sie Jahrzehnte lang im Kommunismus praktiziert. Wenn sie konzertiert und massiv eingesetzt werden, ist auch das System machtlos. Klar, die ersten werden Pech haben, wenn sie

Justitia in die Hände fallen. Solche Aktionen versprechen aber einen Domino-Effekt. Wer wirtschaftlich nicht viel zu verlieren hat, dem kann auch nicht viel passieren. Das System droht meistens nur mit finanziellen Folgen.

Wenn sich andererseits bei den Multi-Kulti-Gästen herumspricht, dass „die Deutschen sich wehren“, ist der erste Schritt getan. Auch die Integrierten würden helfen und sich freuen, dass endlich etwas passiert.

### **Was ist mit dem Mut-Gen?**

Zum Schluss noch ein kleiner Hoffnungsschimmer. Die Risikofreude soll zum Teil genetisch bedingt sein. Vielleicht hat das Volk etwas von seinen Vorfahren geerbt, was bald zum Tragen kommt?

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](http://prawda24.com) und [finanzer.eu](http://finanzer.eu) und gibt den Börsenbrief „Der Zinsdetektiv“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*



# Sozialer Wohnungsbau statt Asylheime!

Von DR. VIKTOR HEESE | Wer 40 Milliarden Euro jährlich in Migranten – ohne die Subventionierung der vor 2015 ansässigen Multi-Kulti-Community – steckt und frech herumposaunt „wir schaffen das“, muss sich nicht wundern, wenn ihn die ökonomische Wirklichkeit einholt. Dieses vergeudete Geld fehlt heute an vielen Stellen, wie für die Mütterrenten, marode Brücken und nicht zuletzt für den sozialen Wohnungsbau. Die Wohnungsnot scheint als erste zum sozialen Brennstoff zu werden. Gut so! Vielleicht werden Micheline und Michel endlich wach und fangen an, gegen die Ausbeutung durch die Multi-Kulti-Diktatur zu rebellieren.

## Deutschland geht wirtschaftlich zugrunde

Euro-Rettung, Energiewende, Migrationsabenteuer – die auf etwa fünf Billionen Euro bezifferte [Ressourcenvergeudung](#) in der Merkel-Ära hat viele Gesichter. Ziehen jetzt die [Rezession](#), Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rentnerarmut und gestiegene Strompreise konzertiert in Gutbürgers trautes Heim, darf gehofft werden, dass der Wachgerüttelte hilft, den Merkelismus zu stürzen. Hoffentlich ohne soziale Unruhen. Geschieht das nicht sofort, bleibt immer noch die Hoffnung: Es muss schlimmer kommen, damit es besser wird. Besser ist laut Volksmund ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!



## Die Wiederentdeckung des Spekulanten

Jede Wertanlage, egal ob in Aktien, Anleihen oder in Immobilien, ist eine „Spekulation“, die Risiken und Chancen mit sich bringt. Jede Spekulation ist weiterhin Privatsache des Anlegers und gesetzlich nicht verboten. Seinerzeit wurden die Spekulationsgeschäfte der Banker zurecht angeprangert, weil vor der Finanzkrise falschgespielt wurde. Die Verluste der Banken wurden sozialisiert (Rettungsschirme für marode Adressen) und die Gewinne (Bonis für Vorstände) privatisiert. Am heutigen Immobilienmarkt wird jedoch, abgesehen von der Ausnutzung des Vorschriftenschungels durch clevere Investoren, nicht falschgespielt. Einen anderen Vorschriftenschungel nutzen auch Micheline und Michel bei ihrer Steuererklärung aus und sind trotzdem keine „Betrüger“.

Die Immobilieninvestoren erkannten und nutzten lediglich ihre Chancen durch Merkels Migrationsparty, die sich in zwei simplen Zusammenhängen festhalten lässt:

1. Migration = Wohnungsverknappung und Preistreiberei an Wohnungsmarkt  
(besonders in den Ballungsgebieten)
2. neue Migrantenheimе = weniger Ressourcen für den sozialen Wohnungsbau.

Anders ausgedrückt: ohne die zwei Millionen neuer Migranten gäbe es nach Adam Riese mehr und billigere Wohnungen. Übrigens so geschäftstüchtig wie die Wohnkonzerne Vonovia oder Deutsche Wohnen war auch die clevere Asylindustrie, von Micheline und Michel als „populistische“ Propaganda abgetan. Während die Konzerne im gesetzlichen Rahmen spielen, trickst die Asylindustrie [in großem Stil](#).

In den letzten spektakulären Großdemos und den aggressiven Enteignungsparolen ist dem herrschenden Polit-System (Grüne, Linke) über ihre Aktivisten vorläufig gelungen, die Schuld für die Wohnungsmisere auf den „Spekulanten“ und die „Miet-Haie“

zu richten. Damit ist der Sieg jedoch noch nicht endgültig. Mehr zur Lage am Berliner Wohnungsmarkt ist in der [Top-Analyse von Dr. Zitelmann](#) zu erfahren.

## **Kassensturz wäre Startzeichen für echte Kosteneinsparungen beim Migrantentum**

Bei etwa 40 Milliarden Euro Jahresvolumen ist bei „finanziell blutenden Kommunen“ der Widerstand gegen das Berliner Asyl-diktat latent vorhanden. Finanzminister Scholz mauert zusätzlich und verweigert den Kommunen die Kostenerstattung für die Migranten. Kein Wunder, wenn die Ausgebeuteten krampfhaft nach Sparmöglichkeiten suchen und die Asylindustrie besonders unter Beobachtung haben.

[Beispiel Köln](#): Als erstes wären in der Domstadt die grotesken UMA-Privilegien zu kappen (UMA = Unbegleitete minderjährige Asylbewerber). Ein UMA belastet die dortige Stadtkasse mit bis 280 Euro pro Tag (Anfrage bei der Stadtverwaltung zu empfehlen). Ja, Sie lesen richtig liebe Leser, drei UMAs kosten in Köln so viel wie eine durchschnittliche Netto-Rente. Ein zweites groteskes Beispiel: in der jetzt angepassten mittelfristigen Finanzplanung 2018-2021 waren mit über 350 Millionen Euro die Investitionen für die „Schaffung von Unterkünften für Geflüchtete“ [mehr als doppelt so hoch](#) wie für den „normalen“ kommunalen Wohnungsbau. Das sind ja nur Deutsche!

Wie wird bloß die Geschichte über die „Feiglinge von heute“, die eine solche gnadenlose Ausbeutung des Steuerzahlers nicht verhindern, einmal urteilen?

Werden „neue Mutige von morgen“ Reformen am Wohnungsmarkt durchsetzen?

Vielleicht werden jedoch die „neuen Mutigen“ die „alten Feiglinge“ bald ablösen. Bei vorgenannten Beträgen darf die Asylindustrie zurecht bedroht werden. Gefährlich wären

insbesondere Ideen, wenn die Kommunen eingesparte Asylkosten (laufende Kosten und Investitionsmittel) für den sozialen Wohnungsbau und andere Bürgerleistungen umwidmen dürften. Dann wird gespart, weil es Wählerstimmen bringt. Politiker sind flexibel.

Denkbar wäre also, dass der vorläufige Sieg der [Enteignungs-Kommunisten](#) in Wahrheit nur ein Pyrrhussieg ist. Denn die Spekulanten und Miet-Haie könnten unerwartet Verbündete bekommen:

1. Die Medien trauen sich nicht zuletzt aufgrund der Rezession mehr über die wahren Ursachen der Mietmisere zu diskutieren („Wendehalstheorie“)

2. Die Mieter erfahren plötzlich einen unerwarteten oder den „Populisten“ geerbten Sinneswandel und demonstrieren vor den Rathäusern mit veränderten Plakaten. Auf denen steht jetzt drauf statt „Enteignet die Miet-Haie“ die Losung „Sozialer Wohnungsbau statt Asylheime“ oder etwas konzilianter „Neue Heime für alle!“ („Erleuchtungstheorie“)

3. Die Ratsherren klagen gegen das Land wegen des Asylkostendiktats, bauen keine Asylheime mehr, sondern Wohnungen für die Micheline und den Michel („Widerstandstheorie“). Träumen ist erlaubt!



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert*

hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie](#). Methoden der Aktienbewertung im Vergleich“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.

---



## Wie kommt Polen auf 800 Milliarden Euro Reparationszahlungen?

Von DR. VIKTOR HEESE | [Die derzeitige Reparationsdebatte](#) bestimmt das schlechte Klima zwischen Polen und Deutschland. Deutsche „Regierungsexperten“ verweisen auf den 1953er Reparationsverzicht Polens. Die Polen erwarten einen Friedensvertrag mit Deutschland, der die Reparationsfragen klärt. Bisherige Abkommen, wie der „2+4-Vertrag“ von 1992 und vorherige Einigungen, erfüllt dieses Kriterium nicht. So wurde bei den „freiwilligen Wiedergutmachungen“ das arme kommunistische Land einst mit Almosen abgespeist, meint Warschau. Anders als Frankreich oder Israel. Der „eingefrorene Konflikt Reparationen“ ist noch lange nicht vom Tisch. PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski hat es soeben wieder zur Sprache gebracht.

Deutschland darf die Frage nicht ignorieren: Polen will vor US-Gerichten klagen und andere Länder (Italien, Griechenland, Osteuropa) wollen sich anschließen. Einen Domino-Effekt kann Berlin nicht brauchen.

### **Wie kommt Polen auf die 800 Milliarden Euro?**

Die Experten der kommunistischen Regierung Polens schätzten 1946 die [materiellen Kriegsschäden Polens auf 50 Milliarden US-Dollar](#), in denen bereits der Vermögenszuwachs durch deutsche Ostgebiete berücksichtigt sein sollte (?). Zudem umfasste die damalige Bestandsrechnung nur materielle Schäden, die im Unterschied zu den schwer ermittelbaren personellen (Menschenleben) und immateriellen Schäden (entgangenes BIP, zerstörte Kunstdenkmäler) einer Schätzung zugänglich sind. Verzinst man den Ausgangswert in einer Zinseszinsrechnung mit etwa vier Prozent jährlich, kommt man auf den Betrag von mindestens 880 Milliarden US-Dollar oder gut 800 Milliarden Euro.

Die Rechnung ist andererseits sehr zinsempfindlich; beim Zinssatz von zwei Prozent (heute auch bei Staatsanleihen schwer erzielbar) reduziert sich die Forderung auf 200 Milliarden US-Dollar. Mehr zu den Berechnungen und zum wechselnden Forderungsbetrag [hier](#).

Die Deutschen wollen sich auf die Diskussion, ob die Zahl angemessen ist, einlassen (siehe oben). Dabei hätten sie gute moralische Gründe, mit einigen Fakten dagegenzuhalten. Es gibt eine Voraussetzung: sie müssen die schmerzliche Erkenntnis akzeptieren, dass die verlorenen deutschen Ostgebiete den vorliegenden Zahlen zufolge weniger wert waren als die polnischen Kriegsschäden. Das wird vielen schwer fallen.

**Verlorene Ostgebiete (103.000 Km<sup>2</sup>) schätzungsweise nur sechs Milliarden US-Dollar wert**

[Die ZEIT vom 10.4.1947](#) bezifferte auf der Basis offizieller Reichsamt-Zahlen das materielle Vermögen der deutschen

Ostgebiete in 1939 mit 37 Milliarden Reichsmark (elf Milliarden US-Dollar). Ohne den sowjetischen Teil Königsbergs und die Kriegsschäden stünden also ab 1946 zur „Verrechnung“ mit Polen etwa sechs Milliarden US-Dollar.

Verzinst würde der heutige „Marktwert“ der verlorenen Ostgebiete in etwa dem Börsenwert von BMW entsprechen. Dieses enttäuschende Ergebnis mag Millionen Heimatvertriebene empören. So ist es jedoch generell im Wirtschaftsleben. Auch das 1867 für 7,2 Millionen US-Dollar an die USA von Russland abgetretene Alaska würde bei drei prozentiger Verzinsung heute nicht einmal eine Milliarde US-Dollar erbringen. Überlange Zeiten der Großinflationen sind für solche krasse Unterbewertungen verantwortlich. Anders als bei den Versicherungen finden Wiederbeschaffungswerte in der Volksvermögensrechnung keine Anwendung.

### **Deutsche Gegenrechnung (1): Leistungen an geduldete polnische Staatsbürger 1980 – 1991?**

Nachfolgender Einwand wird umgekehrt den Polen nicht gefallen. Sie werden behaupten, humanitäre Hilfe sei etwa anderes als Reparationen. Das mag formal-moralisch stimmen, gehört jedoch zur „ökonomischen Grundaussprache“. Deutschland hatte nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen (1981) für die Unterhaltung geflüchteten Polen jährlich mehrere Milliarden DM aufbringen müssen. Bei einer groben Rechnung (Annahmen: monatliche Ausgaben 1.000 DM für 12 Jahre und 800.000 Personen) kommen wir je nach Zinssatz auch auf mehrere hunderte Milliarden Euro.

### **Deutsche Gegenrechnung (2): gezahlte Wiedergutmachungen**

Auch sind von den polnischen Forderungswünschen die freiwilligen Wiedergutmachungen Deutschlands an den polnischen Staat und verschiedene Kriegsopfergruppen (Zwangsarbeiter) in Abzug zu bringen. Auch zählen Kreditnachlässe und Finanzhilfen aus der Gierek/Schmidt-Ära dazu. Die Gesamthöhe dieses Paketes

dürfte allerdings nur wenige Milliarden Euro ausmachen.

Diese im Kontext der vorherigen Großzahlen geringfügigen Leistungen haften jedoch im Kopf des Otto-Normal-Verbrauchers stark und sorgen für Vorurteile: Die unverschämten Polen wollen schon wieder Geld von den Deutschen! Berlin erinnert gerade heute gut und gerne an gezahlte Wiedergutmachungen.

### **Was sollte Deutschland in der Reparationsfrage tun?**

Kriegsreparationen sind alt wie die Kriege selbst, moralisch nicht unanständig und – was den Schadenaspekt betrifft – bezifferbar. Wenn sich Deutschland in dieser Frage einer Diskussion mit dem „populistischen“ Polen verweigert, so aus juristischen und politischen Gründen. Das Risiko eines US-Prozesses und des Domino-Effektes darf aber nicht aus dem Auge gelassen werden.

Berlin könnte einen vertraglichen Schlusstrich in der Reparationsfrage anbieten und für beide Länder nützliche Investitionen finanzieren. Solche Lösungen gab es schon in kommunistischen Zeiten, als Polen die deutschen Darlehen nicht zurückzahlen konnte und Sachinvestitionen erbrachte. So wäre es keine schlechte Idee, die Oder-Brücken zu sanieren und die Wasserstraße für die Schifffahrt zu regulieren – meinen einige Ökonomen.

### **Wollen die Polen wirklich Reparationen oder ist es nur ein taktisches Manöver der Regierung?**

Wer die Stimmung hinter der Oder kennt, weiß, dass Polen nicht stur auf Reparationen pocht. Nur knapp 55 Prozent haben sich für Zahlungen ausgesprochen. Wohl würde der Anteil der Befürworter bei einer deutschen Gesprächsbereitschaft stark sinken. Warum kommt die PiS-Regierung immer wieder auf solche Ideen, wenn die Bevölkerung nicht dahintersteht? Kaum um ihre Macht zu stärken, die sie ohnehin schon hat. Die Reparationskarte muss vielmehr als Antwort auf die ständigen, von Berlin initiierten, EU-Einmischungen in die inneren

Angelegenheiten (Pressefreiheit, Justizreform, Urwaldrodung in Bialowieska, einseitige Unterstützung der Opposition) Polens gesehen werden.

An einen neuen Anfang sollte gedacht werden. Es wäre wünschenswert, wenn die [AfD und die PiS](#) im neuen Europaparlament in der am Montag in Mailand neugegründeten „Europäischen Allianz der Völker und Nationen“ ([PI-NEWS berichtete](#)) zusammenarbeiten würden. Die [Allianz mit den Italienern](#) klappt trotz der unterschiedlichen Meinungen zu den Russlandsanktionen ja auch hervorragend.

Anmerkung: Die obigen Ausführungen geben nicht die Meinung des Autors in der Reparationsfrage wieder, sondern sollen dem Leser die Rechenmethode, die Faktenvielfalt und die verschiedenen Gesichtspunkte von hüben und drüben präsentieren.

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*





# Kommt Schwarzafrika, kommt der Eiserner Vorhang!

Von DR. VIKTOR HEESE | Im Extremfall werden die Osteuropäer mit dem Bau eines Eisernen Vorhanges gegen eine Multi-Kulti-Bedrohung reagieren. Die Bedrohung kommt aus Schwarzafrika und ist schon heute real. Seit Jahrzehnten bleibt dort die Wirtschaftsentwicklung hinter der Bevölkerungsexplosion zurück. Als Problemlösung fällt den Leuten nur ein, Bevölkerungsüberschüsse nach Europa zu exportieren. [Nach jüngster Umfrage](#) sind heute 40 Prozent ausreisewillig.

Es fällt auf, dass die falschspielenden westlichen Geldgeber und Politiker selbst die letzte wirksame Waffe, eine rigorose Geburtenkontrolle einzufordern, nicht nutzen.

## **Schritt 1: Schwarzafrika schafft es nicht aus der Armutsspirale herauszukommen**

Schwarzafrika ist Weltmeister im Kinderkriegen und gleichzeitig das Armenhaus der Welt. Eine Milliarde Einwohner lebt hier von drei bis vier US-Dollar täglich, zum Teil von westlichen Almosen.

Das liegt an der offensichtlichen Leistungsunfähigkeit oder -unwilligkeit. Schon simple Weltbank-Statistiken zeigen, dass in Ostasien oder in Lateinamerika – beides Regionen, die ebenfalls die postkoloniale Vergangenheit abschütteln mussten

– hohes Bevölkerungswachstum mit einer auskömmlichen Wirtschaft vereinbar sind. In Schwarzafrika nicht. Hält der Negativtrend an, werden die Entwicklungshilfen genau so wenig helfen wie die Phrasen hiesiger Gutmenschen von Klimakatastrophen, Diktaturen, Kolonialismus, Sklaverei, Epidemien, Ausbeutung und anderen externe Plagen als Unglücksursachen.

Da an ein Wirtschaftswunder niemand glaubt, bleiben als Ausweg nur die illegale Emigration nach Europa oder eine rigorose Geburtenkontrolle. Das erste steht auf der Agenda der Einheimischen, das zweite nicht.

## **Schritt 2: Migrationspakt statt „Festung Europa“ ein fatales Signal**

Der fehlende Wille, die Grenzen Europas zu verteidigen und das Multi-Kulti-Spiel weiter zu betreiben sind jedem bekannt. Europäer haben somit keine Erfahrung, wie rigorose Grenzsicherung wirken würde, weil sie es nicht versucht haben. Auch wenn „Festungen und Mauern“ auf Dauer letztendlich nicht hielten, so halfen sie doch periodisch, bis andere Lösungen gefunden wurden. Ein solches Sofortprogramm wurde sträflich unterlassen.

Statt Grenzsicherung einen Migrationspakt zu verabschieden war völlig kontraproduktiv. Ganz fatal in diesem Kontext erscheint die voraussichtliche Lasten-Konzentration auf wenige (noch!) starke Leistungsländer. Zwei Dutzend „Nein“-Sager vereinigen über 50 Prozent des weltweiten BIP und 60 Prozent des globalen Vermögens auf sich und sind wirtschaftlich potenter sind [als die restlichen 160 „Ja“-Sager](#). Von den G20-Ländern bleiben de facto einmal wieder Deutschland, Frankreich und Großbritannien als Zahlmeister übrig.

## **Schritt 3: „Eiserner Vorhang“ so gut wie sicher, wenn Schwarzafrika kommt**

Gehen die Auswanderungswünsche allein von Schwarzafrikanern in

Erfüllung, werden mittelfristig bis 100 Millionen Westeuropa „kampflös“ fluten, wenn die Populisten verlieren. Weil die Osteuropäer nicht mitmachen werden, bekäme der Westen eine Bereicherung in der Größenordnung von 25 Prozent.

Aber auch ein Bruchteil der leistungsfernen Ankömmlinge würde die Sozialsysteme der Willkommensländer – geschweige erst deren Sicherheit – aus den Ufern heben. Genug, um bei einem Worst Case Millionen westeuropäischer Armutsflüchtlinge in den rettenden Osten zu treiben. Eine neue Völkerwanderung wäre vorprogrammiert.

Unter den Westflüchtigen befänden sich nicht wenige, die Widerstand gegen ihre Heimatländer organisieren möchten. Die Spannungen, der drohende Asyltourismus und der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung würde die Ostländer zum Bau eines physischen „Eisernen Vorhanges“, wie zu Zeiten des Ersten Kalten Krieges 1945-1990, zwingen. Dieses Mal mit einem anderen Hintergrund.

Merkels Nachfolger hätten, wie einst das DDR-Regime, nichts gegen eine solche Mauer. Berlin könnte somit seine Leistungsträger aufhalten, Kapitalkontrollen einführen oder Überweisungen von Renten an Ausgewanderte stoppen. Jeder Staat wehrt sich vehement, wenn ihm [die Leistungsträger weglaufen](#) und die Ressourcen wegschwimmen.

Generell müsste die Wirtschaft unter dem Eisernen Vorhang nicht leiden. So war es in Zeiten des Ersten Kalten Krieges (1945 – 1990), als der Osthandel blühte. Nur für den Otto-Normal-Leistungsträger wäre es Schluss mit der Freizügigkeit. Der soll ja arbeiten um den Multi-Kulti-Staat zu unterhalten. Deutsche und die neuen Multi-Kulti-Eliten würden sich irgendwie arrangieren um den sozialen Frieden und ihre Herrschaft zu sichern. Wird der fleißige deutsche Michel rebellieren?

Exkurs: Heute kann sich niemand ein Militärbündnis Osteuropas mit Russland vorstellen. Wenn sich die USA aus Europa

zurückziehen, die NATO zerbricht und Deutschland, Frankreich und Großbritannien islamisch kontrollierte Regierungen bekämen, wäre dieses aber bitter notwendig. Selbst die Polen wissen, dass ihre „Feindschaft“ gegenüber Russland nur ein künstliches Gehabe, die islamische und die Multi-Kulti-Bedrohung dagegen reell sind. Früher wollte die Sowjetunion mit Gewalt die „Weltrevolution“ exportieren, die Populisten-Bezwinger würden das gleiche mit der „Wiederherstellung der Demokratie“ tun wollen.

#### **Schritt 4: Schwarzafrika nicht kooperativ – keine Geburtenkontrolle, sondern Migration!**

Schwarzafrika denkt nicht daran, eine erfolgreiche Geburtenkontrolle nach chinesischem Muster zu betreiben. Davon dürfen sich Skeptiker bei einem Studium der Google-Überschriften ruhig überzeugen.

Auch internationale Geldgeber, die UNO, westliche Regierungen, Kirchen und Medien fordern diesen allein vernünftigen Rettungsansatz nicht ein. Die Bill Gates-Stiftung bringt das Problem auf den Punkt: „Mehr Menschen, mehr Armut“. Unversucht blieben auch Konzepte Wirtschaftshilfe an Geburtenkontrolle zu koppeln, notfalls mit direkter Auszahlung an korrupte Regierungen der besseren Wirkung wegen. So werden aber Kondome verteilt und gehofft, dass diese auch genutzt werden.

#### **Fazit:**

Statt zu handeln, staunen die Betroffenen von Morgen wie schnell Schwarzafrika wächst und attackieren Trumps Mauer-Pläne. 2050 soll Nigeria mit 400 Millionen die USA überholen und ganz Schwarzafrika vier Mal mehr Einwohner als Westeuropa haben. Da kann sich in Zukunft die italienische Marine noch so anstrengen – zu viele werden durchkommen. Oder glaubt noch jemand an das rettende schwarzafrikanische Wirtschaftswunder?



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*



## Muss Merkel vor Gericht?

Von DR. VIKTOR HEESE | Während Regierungen permanent unter Beschuss stehen, der lahrende Sozialstaat sich zusehends kritischen Fragen stellen muss, bleibt die deutsche Justitia außerhalb der öffentlichen Kritik. Dabei ist dem Bürger längst aufgefallen, dass Deutschland kein „lupenreiner Rechtsstaat“

mehr ist, die Verquickungen der Legislative mit der Politik immer auffälliger werden und sich niemand an das Thema traut. Was muss passieren, damit Volkes Aufklärung auch auf diesem Gebiet endlich beginnt?

## **Justitia hierzulande die „heilige Kuh“? Lange Liste juristischer Tabu-Themen**

Neben der politischen („Wir sind eine Wertegemeinschaft“) und der ökonomischen („Wir sind ein reiches Land“) gehört auch Merkels juristische Mär („Wir sind ein Rechtsstaat“) auf den Prüfstand. Etwa die Hälfte der [Bürger vertraut der Justiz nicht mehr](#), zieht daraus aber keine Konsequenz.

Der Mainstream darf das Thema Justizversagen nicht anrühren, stattdessen ablenkend über zum Beispiele Rechtsbrüche in Polen oder Trumps Amtsenthebungsverfahren fabulieren. Enttäuscht waren zuletzt diejenigen, die glaubten, die teure Reisetouristik abgelehnter Asylbewerber (einmal Afghanistan und zurück) oder das Zick-Zack um Osama Bin Ladens Leibwächter – über das die Welt lachte – werde ein Wachrütteln auslösen. Fehlanzeige. Über Inhaftierungen von Schwarzfahrern und GEZ-Verweigerer einerseits und unzählige Freisprüche in der Asylkriminalität andererseits hören wir tagtäglich und nichts passiert. Deutschland 2019.

Die Merkelianer sind nicht allein schuld an diesem Desaster. Die Abstinenz des Themas in der Öffentlichkeit hat ebenso ihre Ursache im Desinteresse des Gutbürgers an der „Juristerei“, die er so meidet wie die Aktienanlage. Wer weiß schon wie in Deutschland Richter ernannt werden, oder dass Kommunen trotz angeblicher Selbstverwaltung die Migrantenaufnahme nicht verweigern dürfen. Ohne öffentlichen Druck geht nichts. Ohne die Diskussion um die Rentnerarmut gäbe es keine Mütterrenten.

## **Aufklärung in der Internet-Ära machbar**

Wer soll diesen Druck initiieren? Würde eine juristische Aufklärung im Merkelismus etwas bewirken? Was brachten die

letzten Proteste gehen die EU-Reform des Urheberrechts? Wer wird auf die Straße gehen, wenn die ersten Enteignungen kommen? Die Einwände sind berechtigt. Dennoch hilft Hoffnung – das wissen nicht nur Psychiater –, Fatalismus- und Ohnmachtsphasen zu überstehen. Die Deutschen brauchen Hoffnung. Auch wenn diese zuletzt stirbt, hilft sie hier und heute zum Überleben.

Die Hoffnung bekommen sie, wenn ihnen klar wird, dass Gesetze und Gerichtsurteile kein Evangelium oder Naturereignisse sind und immer „im Namen des Volkes“ (sprich: parlamentarischer Mehrheiten) verabschiedet oder nach „Ansicht des Gerichts“ gefällt werden. Kann sich da so manche Mehrheit oder Ansicht mit der Änderung der politischen Verhältnisse ändern? Hierin liegt die Hoffnung.

Bis die Rettung durch den wieder restaurierten Rechtsstaat-Staat eintritt, wäre es sinnvoll, während der „Durststrecke“ den Bürger mit verständlicher Aufklärung in Staatsrechtsfragen und juristischen Alltagswissen aufzurüsten. Hierzu zwei Vorschläge:

### **1. Alternative Portale aller Couleur vereinigt euch! – konzertierte Aktionen angesagt**

So manche Petition war dank konzertierter Aktion Alternativer bzw. Freier Medien erfolgreich. Regelmäßige und angekündigte „Rechtsnachhilfen“ zu aktuellen Tagesthemen wären sicherlich produktiv. Ein Blick auf einzelne [Webseiten der Freien Medien](#) zeigt allerdings, dass die Rubrik „Justizversagen“ oder „Rechtsbrüche im Rechtsstaat“ (Ironie) geflissentlich fehlen. Talentierten populistischen Juristen und Nicht-Juristen für die Übersetzung aus dem Juristischen ins Deutsche sollte diese Pionierarbeit Spaß machen!

### **2. Ein Zentrum „Rechtsbrüche unter Merkel“ sollte gegründet werden**

Machthaber fürchten ihre Gegner besonders dann, wenn diese den

Hinweisen auf zukünftige rechtliche Konsequenzen Nachdruck verleihen können. SED-Chef Erich Honecker war seinerzeit die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter“ ([kurz „Salzgitter“](#)) ein großes Dorn im Auge, weil sie unter anderem die Aufgabe hatte „Unrechtsurteile aus politischen Gründen, Misshandlungen im Strafvollzug und Verschleppung oder politische Verfolgung in der DDR nachzugehen und Beweismittel darüber zu sammeln“.

Wäre die Gründung einer ähnlichen Einrichtung – zunächst als professionelles Archiv – für das Merkel-Regime kein starkes Hoffnungszeichen an spätere Genugtuung? Sinnvoll wäre den Sitz irgendwo im „populistischen“ Ausland zu postieren, um das Zentrum von den Zugriffen deutscher Behörden und Geheimdienste zu schützen. Vielleicht plant die AfD etwas Ähnliches auf heimischen Boden?

### **Ob Merkel irgendwann vor Gericht kommt, hängt von der Neuen Wende ab**

Nicht nur deutsche Medien berichten regelmäßig über Strafanzeigen gegen Merkel und Statements von Top-Juristen zur Rechtsbeugung durch die Frau, die „so vieles Deutschland angetan hat“ (Wehklagen der Fatalisten). Merkel steht als Staatschefin hier nicht alleine da. Macron wird wohl auch so etwas zu befürchten haben.

Was ist davon zu halten? Auch der juristische Laie weiß, dass es viele Anklagen und Prozesse gegen Ex-Regierungschefs in der jüngsten Vergangenheit gab. Ob ein solches [Schicksal auch Merkel](#) ereilen wird, hängt davon ab, ob es die Neue Wende in Europa geben wird.

Heute klingt diese Frage so utopisch wie einst für den DDR-Führer Erich Honecker. Dennoch wurde der erste Mann im Staate nach dem Mauerfall für fünf Monate in Untersuchungshaft genommen und entging nur aus gesundheitlichen Gründen einem Prozess. Die Geschichte lehrte, dass nichts unmöglich ist.



Kommt die Neue Wende, kann sich Merkel nicht sicher sein. Das muss der Bürger erfahren.

Das geltende Recht ist eine subjektive Auslegungs- und Auffassungssache. Es heißt nicht umsonst „nach Auffassung des Gerichtes“. Wichtig ist wohl, dass Anklageschriften ausformuliert und fristgerecht vorliegen. Dafür wird in den 1000 Strafanzeigen gegen Merkel bei der Bundesanwaltschaft wohl gesorgt worden sein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würden zukünftige karrierebewusste Staatsanwälte bei der Ex-Kanzlerin doch den „Anfangsverdacht einer strafbaren Handlung“ finden. Der deutsche Michel erhielte bereits seine Genugtuung, wenn es bei der einst „mächtigsten Frau der Welt“ allein zur Anklage, nicht unbedingt zu einer Verurteilung, käme.

Heute ist das noch Zukunftsmusik. Otto-Normal-Nicht-Jurist sollte kurzfristig seine fatalistische Haltung gegenüber der Justiz ablegen und öffentlich über die Missstände in seinem „Rechtsstaat“ zu diskutieren wagen. Das ist wichtiger, als [über Auswanderungspläne](#) zu sinnieren.

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“*

*heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*

---



## **Auch die „Westfront“ bröckelt – wann fällt endlich Merkel?**

Von DR. VIKTOR HEESE | Die Lage in Europa erinnert heute stark an den Spätherbst 1989 im Ostblock. Während sich damals alle vom Kommunismus – inklusive der Sowjetunion, der Erfinderin des Systems – langsam verabschiedeten, verharrte die DDR tief darin. Ohne den Domino-Effekt hätte es mit der Wende noch länger gedauert. Erich Honecker wusste halt besser als Sowjetchef Gorbatschow, wie Kommunismus zu funktionieren hat. Heute steht Deutschland auch als die letzte „Bastion der Demokratie“ allein da, wenn Macron durch seine Gelbwesten verjagt wird. Auch Merkel erteilt bis zuletzt allen Demokratieunterricht. Wiederholt sich die Geschichte? Was eintreten muss, damit der Merkelismus und Brüssel endlich kippen – zeigt in drei Punkten das untere Wunschscenario eines Populisten, der 1989 beobachten durfte.

- 1. Erst die Gelbwesten, jetzt die Niederlande – wird es tatsächlich ohne die Straße gehen?**

[Letzte Meldung von der „Westfront“](#), die anderen Frontabschnitte gingen schon verloren: In den Niederlanden verlor gerade die Mitte-Rechts-Koalition des Mark Rutte die

Mehrheit in der Ersten Kammer des Parlaments (vergleichbar mit dem deutschen Bundesrat). Der Regierungschef ist nun auf die Opposition angewiesen, um seine Gesetzesvorhaben durchzubringen. Sieger der Regio-Wahlen ist das Forum für Demokratie des noch [völlig unbekanntes Thierry Baudet](#). Damit hat unser westlicher Nachbar neben Geert Wilders einen zweiten starken Populisten. Ist das keine tolle Nachricht für ein Populisten-Herz?

Die Niederlande sind dennoch zu klein, um den Domino-Effekt erfolgreich zu Ende zu führen. Es kommt noch auf Frankreich an. Beruhigend ist, dass auch Macron juristisch abgesetzt werden darf. Das dürfen die Gelbwesten einfordern. Weil der Schönling nicht freiwillig gehen dürfte, sind Eskalationen wahrscheinlich, nicht zuletzt, weil Paris durch Brüssel kräftig angeheizt wird. Hoffentlich halten die Gelbwesten durch! Der deutsche Michel wird vielleicht verblüfft weiter zuschauen (die [Direktübertragungen auf RT Deutsch](#) sind zu empfehlen).

Vielleicht entdeckt er in sich jedoch den Rebellen – wie in der Ex-DDR – und wagt sich zum Schluss, wenn „die Arbeit“ weitgehend getan ist, selber auf die Straße. Das wäre der Angriff. Sollten Hunderttausende monatelang vor dem Reichstag gewaltlos protestieren, ist das das Aus für die da drin. Die nahende warme Frühlingszeit ist günstig. Woher bekommen wir nur diese Massen?

## **2. Manipulationsgefahr verhindern – erst ein Runder Tisch, dann Neuwahlen**

Ich will weiter träumen. Der Fall von MM (Macron/Merkel) wäre das Signal für eine Wende mit neuen Gesichtern. Auf keinen Fall dürfen die beiden durch Mutanten ersetzt (AKK & Co.) werden. Vielmehr sollten breite gesellschaftliche Kräfte an einem Runden Tisch den Systemwechsel ausarbeiten und vorzeitige Neuwahlen vorbereiten. Der vom Volk direkt zu wählende „Tisch“ ist dabei unbedingt notwendig, damit seitens

der Etablierten nicht gefuscht wird. Auch das ARD/ZDF sind sofort für die Opposition zu öffnen (z.B. zehn Stunden Sendezeit in der Woche). So lange das alles nicht gewährleistet ist, dürfen die Demonstranten nicht nach Hause gehen, weil die Drohgebärde aufrechterhalten werden muss. Die Auslandspresse sei herzlich eingeladen.

Eine Vorbereitungszeit von wenigen Monaten würde für die Neuwahlen und die Aufklärung des letzten Gutmenschen völlig ausreichen. Große Schwierigkeiten dürfte es nicht geben. Denn bei der Programmatik muss das Rad nicht neu erfunden werden. Die Orientierung an der erfolgreichen alten EWG, die Reaktivierung des Rechtsstaates und die Rückkehr zum „Europa der Vaterländer“ (de Gaulle) – das sind die drei Kernpunkte, die zu aktualisieren wären. Nachtrag: Für mich persönlich wäre nur eine Koalition zwischen einer reformierten CDU (> 30 Prozent Stimmanteil) und der AfD (> 20 Prozent) glaubwürdig. Einem Dreier-Bündnis mit der FDP und der AfD als Juniorpartner würde ich nicht trauen wollen.

### **3. Asyl- und Klientelkosten sofort kippen – auch Gerichte dürften keine Ersatzpolitik machen**

Gewöhnlich braucht jede Wende ihre Umstellungszeit, auch wenn verwertbare Muster schon vorliegen. Die DDR hatte die Bundesrepublik als Vorbild, das Neue Europa hätte die vorerwähnten drei Punkte. Keine Zeit hätte dagegen der Kassensturz. An fehlenden Finanzen ist schon oft so mancher Reformversuch gescheitert. Das heißt im Klartext: Die Migrationsmilliarden für die dreiste Asylindustrie wären sofort zu stoppen, Klientelfinanzierungen einzustellen und der Spielraum der Gerichte, eine Ersatzpolitik zu betreiben, durch neue Gesetze auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Selbstverständlich kann so etwas nur ein unabhängiges Parlament und ein starker Staat. Anders als 1989 gibt es keine Gefahr von außen seitens der Sowjetarmee. Im Gegenteil, Trump käme diese Entwicklung sicher sehr gelegen, Soros hätte in diesem Umfeld nichts zu melden.

## Fazit:

Die [Domino-Theorie](#) hatte sich in der jüngsten Vergangenheit – sei es in Südamerika, sei beim Fall des Ostblocks, – schon mehrfach bewährt. Die banalste Erklärung für ihre Wirkung könnte lauten: Man kann nicht gegen alle sein, auch wenn man Merkel heißt und ein so gefügiges Volk wie die Deutschen regiert.

In Anlehnung an Karl Marx möchte ich noch Folgendes loswerden:  
*Populisten aller Länder – einigt euch!*

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie](#). Methoden der Aktienbewertung im Vergleich“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*

---



# Warum die DAX-Bosse gegen die AfD wettern

Von DR. VIKTOR HEESE | Immer öfter leisten DAX-Größen Schützenhilfe für die Berliner Politik, attackieren die blauen Populisten und kämpfen „gegen Recht“ und für den „guten Ruf Deutschlands“. Nach [Joe Kaeser](#) (Siemens), [Tim Hötting](#) (Deutsche Telekom) gab zuletzt eine unbekannte VW-Vorständin, Hiltrud Werner, [eine Warnung heraus](#). Versuchen die selbsternannten „Kämpfer“ von den Problemen eigener Konzerne abzulenken, sind sie nur übergeschnappt oder lassen sie sich von der Politik, für welche Versprechen auch immer, einfach missbrauchen? Eine Fallstudie an drei Beispielen.

## Fall 1: Joe Kaeser (Siemens-Chef)

Kaeser ist der prominenteste Fall unter den Moralisten. Er ist für Russlandsanktionen, verkaufte aber Gasturbinen für die Krim und für Einwanderung. Wenn es nach Chemnitz um den „Kampf gegen Recht“ oder um die Verunglimpfung von Alice Weidel (als BDM-Mädel titulierte) geht, war der Konzernlenker schnell dabei. Wegen dieser jobfremden Einmischung wurde er bereits [von eigenen Aktionären verwarnt](#). Wenn es dagegen um Massenentlassungen in seinem Haus geht, kneift der mit sieben Millionen Euro (2017) dotierte Superboss, der nach eigenen Worten „für den guten Ruf Deutschlands“ kämpft. Es gehört schon eine gehörige Portion sozialer Kälte dazu, wenn ein solcher Heuchler trotz des Rekordgewinns von sechs Milliarden Euro, 6.900 Leute entlassen und Werke schließen will und für

Mitarbeiterproteste nur ein süffisantes Lächeln übrig hat.

Während der Chef politisiert, bleibt die Siemens-Aktie schwach (30 Prozent unter der DAX-Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren). Auch sein Weltkonzern bekommt Probleme. Nicht zuletzt deswegen, weil der Moralist Kaeser eben kein TOP-Manager, sondern eher mageres Mittelmaß ist. Die Fusion mit der französischen Alstom, eine Antwort auf die chinesische Herausforderung, platzte, weil Kaeser mit dem Aufsichtsrat lange Zeit im Clinch lag. Große Fonds, die 70 Prozent der Aktien halten und über sein Schicksal entscheiden, sind gegen seinen Radikalkurs und beäugeln die neue Strategie Vision 2020 misstrauisch. Der gute Joe sollte aufpassen. Warum lässt er sich zum Merkel-Lakaien degradieren, wenn die sonstige DAX-Obrigkeit das morsche Regime nur sporadisch unterstützt? Hier sind Motivforscher von Weltrang gefragt.

## **Fall 2: Tim Höttges (Deutsche Telekom)**

Tim Höttges holte gegen den Rechtsradikalismus noch viel plakativer aus: „Schlägertypen können durch unsere Innenstädte marschieren“, hatte er auf der Messe DMEXCO im September 2018 in Köln [öffentlich geklagt](#). Deutschland erlebe eine Umkehr von alten Werten: „Plötzlich wird der Antirassist als gefährlicher gesehen als der Rassist. Die Feministin wird kritischer gesehen als der Täter“. Wenn das keine klare Kante ist!

Auch Höttges agiert mehr als Verwalter und ist ein miserabler Manager. Die internationale Position des Bonner Konzerns ging während seiner elfjährigen Regentschaft nach und nach an die Konkurrenz (China Telecom, AT&T, Vodafone, KPN, BT Group) verloren. Auch nach über 20 Jahren liegt der Aktienkurs mit 14,46 Euro gerade beim 1998er-Emissionswert. Eine Blamage für eine hochgejubelte „Volksaktie“! Heute machen globale Fonds um das Papier großen Bogen, Börsen-Experten stufen es als phantasielos ein.

Auch für die eigenen Beschäftigten hat der neue Politikhelfer

schlechte Nachrichten. Weltweit sollen 10.000 – davon allein 6000 in Deutschland – Leute entlassen werden. Die Zahl der Leiharbeiter steigt andererseits kontinuierlich an. Schuld an dem geplanten Kahlschlag ist nicht allein die launische Weltnachfrage, sondern das Team um den unfähigen Administrator. Dieses verstand es nicht, die Leute im Großkonzern mit einem Weltumsatz von 73 Milliarden Euro und über 200.000 Mitarbeitern unterzubringen. Last but not least: Kunden- und Aktionärsklagen machen bei Telekom regelmäßig Schlagzeilen. Pleiten, Pech und Pannen!

Höttges wird seinen Job behalten wollen und muss Berlin gehorchen. 2018 holte sich der Global Player mit einer zwölfprozentigen Gehaltsteigerung auf 5,4 Millionen Euro noch einen ordentlichen Schluck aus der Pulle. Das ging, weil der Bund mit 32 Prozent Großaktionär beim Ex-Staatsunternehmen bleibt und so etwas toleriert. Berlin kassiert brav hohe Dividenden und wird hinter den Kulissen die Geschicke des Telekomriesen (mit)lenken. Der gute Tim wird dafür Angela öffentlich Lob zollen müssen.

### **Fall 3: Hiltrud Werner (Vorstand Bereich Recht und Integrität bei Volkswagen)**

Im jüngsten [Gespräch mit der FAZ warnte Werner](#), Rechtsvorstand ohne Jura-Studium (Wikipedia), vor dem Erstarken der AfD und dem Versagen der Volksparteien. „In Ostdeutschland wird die AfD zunehmend zum Problem, auch in den Betrieben“. Da fehlt nur noch die Warnung, die AfD gefährde Arbeitsplätze.

Die negativen wirtschaftlichen Dauerprobleme von Volkswagen, an dem der Bund ebenfalls Großaktionär ist, müssen an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Auf neue Schlagzeilen darf man gespannt bleiben. Warum die Vorgängerin der ostdeutschen Vorzeige-Managerin Werner auf dem Vorstandsposten, die kompetente Ex-Verfassungsrichterin Christine Hoffmann-Dennhardt, den Job schon nach einem Jahr „eilvernehmlich“ gekündigt hatte, bleibt ein Geheimnis. Werner ist da



sicherlich anpassungsfähiger. Auf jeden Fall steht sie für „Ehrlichkeit, Offenheit, Mut und Eigenverantwortung“. Für ein [Supergehalt von fünf Millionen Euro](#) kann das wohl auch verlangt werden.

### **Die Lakaien sollten immer daran denken: Der Schuss nach hinten gehen**

Die Wirtschaftsbosse werden ihren Aktionären einen schlechten Dienst erweisen, falls sie sich in Merkels Dienste einspannen lassen. Besonders die mächtigen ausländischen Anteilseigner und Fonds haben die Kraft, die Herrschaften mit vereinten Kräften von ihrem Olympus herunterzuholen. Wenn nichts passiert, könnte umgekehrt das schlechte Beispiel Schule machen, wenn sich bald weitere Leistungsschwächlinge zu Wort melden, die von Berlin etwas erwarten. An der Reihe ist der Chef der Deutschen Bank, der auf die Verstaatlichung wartet und gerne im Amt – wie einst sein Commerzbank-Kollege – bleiben würde.

### **Mehr als Sprüche: In der Asylkrise heuchelt die Wirtschaft und der Staat und die Bürger zahlen**

Wer hoffte, die starke deutsche Wirtschaft würde Merkels pseudo-ökonomisches Migrationsabenteuer stoppen, ist stark enttäuscht worden. Schließlich sind der soziale Frieden, die innere Sicherheit und die Staatsfinanzen massiv bedroht – alles Faktoren, die mit den wirtschaftsrelevanten „Standortnachteilen“ zu tun haben und wovon die Konzernchefs wissen. Die Bosse schweigen aber beharrlich, weil sie nicht direkt betroffen sind und es sich mit Berlin nicht verscherzen wollen. Sie wissen, wer dort einmal auffällt, bekommt keine Staatsaufträge, darf mit der Kanzler-Delegation nicht nach Peking reisen und wird von den Systemmedien – also von Talkshows wie Anne Will & Co. – geflissentlich ignoriert. Auch die Macht der Gerichte, hinter denen der lange Arm der Politik gesehen wird, darf nicht unterschätzt werden (Hambach, Diesel-Klagen). Das alles schadet dem Aktienkurs. So heuchelt die

Wirtschaft bei der Integration auf der ganzen Linie. Es gibt dennoch Grenzen. Clevere Vorstände meiden negative Publicity, achten auf das Aktionärswohl, stellen keine (anerkannten) Asylanten ein und leisten für die Migrationsveranstaltung keine nennenswerte finanzielle Unterstützung.

Für die AfD kann jede Anfeindung seitens der Wirtschaftskapitäne nur ein gutes Zeichen sein. Nicht nur allein wegen des Spruchs „Viel Feind, viel Ehr“. Auch Gandhis Weisheit passt gut dazu: „Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“

Hoffentlich kommt der Sieg nicht zu spät.

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie](#)“. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*

---



# Mythos Nullzinsen

Von DR. VIKTOR HEESE | Nullzinsen, unerschwingliche Immobilienpreise und zuletzt noch einbrechende Aktienkurse – der deutsche Sparer scheint in eine böse „Anlagefalle“ geraten zu sein. So hoffnungslos ist die Lage jedoch nicht. Vor allem sind die Nullzinsen ein weit verbreiteter Mythos. Wir leben zwar in einer Tiefzinsphase. Risikoarme Bundesanleihen, geschweige denn gute EU-Anleihen (kein Griechenland, kein Italien!) und Anleihen solider Großkonzerne, werfen über vier Prozent Jahresrenditen ab. Davon wissen die meisten Sparer nicht, die in Zeiten des angeblichen „Anlagenotstands“ blind auf ihre Berater hören und massenweise in Fonds, ETFs (Indexfonds) oder Zertifikate investieren. Hier verdienen meistens nur die Banken an Provisionen.

## Negativ- und Nullzinsen gibt es de facto nicht

Das Internet ist voll von „Toplisten“ über Sparzinsen der Banken, die zeitlich und von der Anlagehöhe leider in erster Linie begrenzte Lockangebote für eine Geschäftsanbahnung (Kontoeröffnung!) bilden und bei Zehnjahresanlagen bis magere 1,8 Prozent Rendite bringen. Für sechsmonatige Anlagen liegen die meisten Angebote unter einem Prozent. Furore macht seit Jahren das [Portal Weltsparen](#), das höhere Zinsen im EU-Ausland und eine Sicherheit (Einlagesicherung bis 100.000 Euro) wie bei deutschen Banken vortäuscht. Die Zuständigkeit ausländischer Gerichte und die fremden AGBs werden hier nur im Kleingedruckten erwähnt. Auch ein permanenter Anbieterwechsel in diesem Minizinsbereich ist keine seriöse Anlagestrategie.

Neben den Minizinsen werden in Deutschland [immer häufiger Negativzinsen](#) erhoben und auch die [Bargeldhaltung](#) wird immer teurer.

### **Eine Bundesanleihe, die vier Prozent Rendite bringt**

Die unten vorgestellte Bundesanleihe mit einem Jahreskupon (Nominalzins) von 6,5 Prozent und einer Restlaufzeit von 8,33 Jahren bis zum 1.7.2027 hatte am 28.2.2019 eine laufende Rendite von 4,22 Prozent. Diese Rendite berechnet sich nach der Formel Nominalzinsen in Relation zum Kaufkurs der Anleihe, d.h.  $6,5 \text{ Euro} / 154 \text{ Euro}$ . Ganz analog berechnen wir auch die 2018er-Dividendenrendite, die bei der Allianz mit Dividende neun Euro und einem Aktienkurs von 4,57 Prozent beträgt.

Bei unserer Bundesanleihe dürfte der Kurs auf diesem Niveau von 154 Euro noch drei bis vier Jahre unverändert bleiben, bis er vielleicht ab 2022 Richtung Rückzahlungskurs vom 1.7.2027 hinsteuern wird. Der Anleger verkauft unsere Anleihe und kauft eine neue mit ähnlichen Konditionen, mit denen der Markt reichlich bestückt ist. Anmerkung: In der Praxis wird der Anleihekurs in Prozent und nicht in Euro gemessen, was für die obigen Schlussfolgerungen keine Auswirkungen hat.

Sollte der Anleger den Ausstieg in 2022 verpasst haben, macht er dennoch keinen Verlust, auch wenn er die Anleihe bis zur Fälligkeit am 1.7.2027 hält. Denn er vereinnahmt für 8,33 Jahre Zinsen in Höhe von 54,15 Euro (die er noch zusätzlich anlegen kann!) und verrechnet diese mit dem Kursverlust von 54 Euro (Kaufkurs minus Rückzahlungskurs). Ein Verlustrisiko – wie im obigen Fall bei der Allianz möglich – besteht also nicht. Die bei der Endfälligkeit erzielte Rendite würde leider nur minimal ausfallen (etwa 0,1 Prozent). Es ist also nicht sinnvoll, die Anleihe bis zu ihrer Endfälligkeit zu halten.

Wird heute von „Nullrenditen“ gesprochen wird, so ist hauptsächlich die niedrige Endfälligkeitsrendite von 0,1 Prozent (Beispiel) und nicht die laufende Rendite von 4,22

Prozent gemeint. Warum eigentlich?

## **Noch bessere Renditen bei vergleichbaren Staats- und Unternehmensadressen**

In der EU sind viele interessante französische, niederländische und österreichische Anleihen, wie die Bundes- und Landesanleihen – hier insbesondere von Baden-Württemberg, NRW und Hessen, – mit einer gleichen Bonität (Rating) zu finden. Bonitätsunbedenkliche Großkonzerne wie Volkswagen, OMV (Österreich) oder die Deutsche Telekom weisen noch bessere Renditewerte von bis fünf Prozent aus. Wer geschickt in langlaufende Anleihen mit einem hohen Kupon (Nominalzins) investiert, wird seine Altersvorsorge eher aufbauen als mit den lahmen Riester-Produkten.

Für die Leser, die auf den Appetit gekommen sind, noch drei technische Hinweise: Die Anleihen sind auch für Kleinanleger ab einer Mindestanlagesumme ab 1.000 Euro kaufbar. Die Transaktionskosten betragen einmalig etwa 0,2 Prozent oder bei 10.000 Euro Anlagesumme pro Jahr etwa fünf Euro. Das ist nicht viel. Last but not least: Einem Opponenten, dem die 4,22 Prozent bei zwei Prozent Inflation und einer Realrendite von 2,22 Prozent sehr wenig erscheinen, sei gesagt: Bei 0,5 Prozent Festgeldzinsen ist die Realrendite sogar negativ.

Mehr über das Thema Anlage in Anleihen [im Fachbuch des Autors](#), der den Leser nicht beraten, sondern zur Eigeninitiative animieren möchte. Die beste Hilfe ist immer die Eigenhilfe.

---



Dr. Viktor Heese.

*Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.*